

## Substanzielles Protokoll 114. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 31. August 2016, 17.00 Uhr bis 20.03 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Alan David Sangines (SP), Christine Seidler (SP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/135](#) GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Dorothea Frei (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
3. [2016/121](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Jonas Steiner (SP) für den Rest der Amtsdauer 2016/2017
4. [2016/121](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Tobler (SP) für den Rest der Amtsdauer 2016/2017
5. [2015/404](#) Weisung vom 16.12.2015: VIB  
Elektrizitätswerk, Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Pfingstweidstrasse 85, Erhöhung Projektierungskredit
6. [2016/117](#) Weisung vom 13.04.2016: VIB  
Elektrizitätswerk, Energie-Contracting für den Wärmeverbund Gattikon, Objektkredit
7. [2016/34](#) Weisung vom 27.01.2016: STP  
Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Beiträge 2016–2019, sowie Bericht und Abschreibung Postulat
8. [2016/115](#) Weisung vom 13.04.2016: STP  
Stadtentwicklung Zürich, Verein «ZGF – Zürich Game Festival», Beiträge 2017–2019

10. [2016/9](#) Interpellation von Markus Baumann (GLP), Alan David Sangines (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 06.01.2016: Quartiervereine der Stadt, Auslegung der politischen Neutralität sowie mögliche Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung dieser Vereinbarung STP

## Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2162. 2016/288**  
**Erklärung der Grüne- und AL-Fraktion vom 31.08.2016:**  
**Verhaftung der Journalistin Asli Erdogan in der Türkei**

Namens der Grüne- und AL-Fraktion verliest Ezgi Akyol (AL) folgende Fraktionserklärung:

Journalismus ist kein Verbrechen

Am 16. August wurde die Schriftstellerin Asli Erdoğan in Istanbul verhaftet, weil sie für die kurdisch-türkische Zeitung Özgür Gündem arbeitete. Sie steht wegen «Volksverhetzung» und «Propaganda für eine illegale Organisation» unter Anklage.

Writer in Residence in Zürich

Ihre Verhaftung sorgte weltweit für Aufregung. Auch für die Stadt Zürich ist die Inhaftierung von Belang: Asli Erdoğan lebte von Dezember 2011 bis Juni 2012 als Writer in Residence hier in Zürich. Kurz vor ihrer Festnahme hatte ein türkisches Gericht die Schliessung der Zeitung «Özgür Gündem» angeordnet und 23 JournalistInnen wurden in Untersuchungshaft genommen. Der Tageszeitung «Özgür Gündem» wird vorgeworfen, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Die Zeitung war inzwischen jedoch die einzige, die über den Konflikt in den kurdischen Gebieten in der Südosttürkei berichtet hat. Das Verbot sei der Beweis, dass die Regierung den gescheiterten Putschversuch zum Anlass genommen habe, um gegen alle oppositionellen Medienorgane vorzugehen, sagte der inzwischen ebenfalls inhaftierte Chefredakteur der Zeitung, Zana Kaya.

«Unerträglich ist nur diese Ungerechtigkeit»

Über ihren Anwalt hat Asli Erdoğan der Stadt Zürich folgende Nachricht geschickt: «Schwer zu ertragen ist nicht das Gefängnis. Das Gefängnis ist in vielerlei Hinsicht sogar bereichernd. Unerträglich hingegen sind diese Ungerechtigkeit und diese Ungewissheit». In einer Online-Petition fordern inzwischen über 25'000 UnterstützerInnen die Freilassung von Asli Erdoğan. Dieser Forderung schliessen wir uns heute auch an und möchten den Stadtrat dazu auffordern, bei der türkischen Regierung zu intervenieren und die Freilassung von Asli Erdoğan zu fordern. Ein Land ohne Pressefreiheit, kann kein demokratisches Land sein.

### Persönliche Erklärungen:

**STP Corine Mauch** hält eine persönliche Erklärung zur Verhaftung von Asli Erdogan in der Türkei und der Haltung des Stadtrats.

**Roger Liebi (SVP)** hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der Grüne- und AL-Fraktion sowie zur persönlichen Erklärung der Stadtpräsidentin und äussert sich zum aussenpolitischen Engagement der Stadt.

**Urs Fehr (AL)** hält eine persönliche Erklärung zu den vorangehenden Voten und erläutert den Begriff der Rechtsstaatlichkeit.

**Dr. Mario Babini (parteilos)** hält eine persönliche Erklärung zu den vorangehenden Voten und zu den Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes.

**Roger Liebi (SVP)** hält eine persönliche Erklärung zum Votum von **Dr. Mario Babini (parteilos)**.

**2163. 2016/272  
Ratsmitglied Marc Schlieper (FDP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Marc Schlieper (FDP 7+8) auf den 31. August 2016 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**G e s c h ä f t e**

**2164. 2014/135  
GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Dorothea Frei (SP)  
für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird mit Wirkung ab 31. August 2016 gewählt:

Jonas Steiner (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

**2165. 2016/121  
Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Jonas Steiner  
(SP) für den Rest der Amtsdauer 2016/2017**

Es wird mit Wirkung ab 31. August 2016 gewählt:

Duri Beer (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

**2166. 2016/121  
Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Tobler  
(SP) für den Rest der Amtsdauer 2016/2017**

Es wird mit Wirkung ab 31. August 2016 gewählt:

Mark Richli (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2167. 2015/404

**Weisung vom 16.12.2015:**

**Elektrizitätswerk, Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Pfingstweidstrasse 85, Erhöhung Projektierungskredit**

Antrag des Stadtrats

Der mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 16. April 2015 bewilligte Projektierungskredit für die Optimierung des Areals Herdern zur Nutzung als Hauptstandort der Verteilnetze des Elektrizitätswerks wird von Fr. 894 800.– um Fr. 8 573 240.– für externe Ausgaben und Fr. 524 000.– für wesentliche Eigenleistungen, insgesamt um Fr. 9 097 240.– auf Fr. 9 992 040.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferent:

**Markus Kunz (Grüne):** Das ewz ist momentan noch auf mehrere Standorte in der Stadt verteilt. Künftig sollen diese zu zwei Hauptstandorten zusammengefasst werden: Zum einen an der Tramstrasse in Oerlikon und zum andern im Areal Herdern gegenüber dem Toni-Areal. Es geht einerseits um die betriebliche Optimierung durch eine Zentralisierung der Verteilnetzmitarbeitenden. Im Areal Herdern wird primär die Abteilung des Verteilnetzes untergebracht sein. Es geht auch um die Einsparung von Mietkosten von jährlich rund 1,35 Millionen Franken, um funktionale Verbesserungen im Werkhof Herdern und um die Integration einer Renovation, die am Standort Herdern ohnehin nötig wäre. Die Renovation allein beträgt bereits rund 20 Millionen Franken. Der bestehende Werkhof soll um- und ausgebaut werden. Der Kostenrahmen beläuft sich auf 95,5 Millionen Franken. Mit der Weisung wird deshalb eine Erhöhung des bisherigen Projektierungskredits von 895 000 Franken auf 9 992 040 Franken beantragt. Vor 8 Jahren bewilligte der Stadtrat eine erste Machbarkeitsstudie. Damals ging es noch um die Idee eines einzigen zentralen Standorts auf dem Areal Herdern. Diese Lösung hätte rund 336 Millionen Franken gekostet, weshalb die Idee wieder verworfen wurde. Das ewz wechselte dann zur Strategie mit den zwei Hauptstandorten. Das Areal Herdern ist nicht einfach zu bebauen. Vor dem heutigen Gebäude steht noch ein Unterwerk. Dieses ist kein Bijou und man steht hier vor einer städtebaulichen Herausforderung. Zudem liegt der Standort in einer sehr dynamischen, verkehrsreichen Gegend, in einem Hochhausgebiet mit dem Toni-Areal und dem Pfingstweidpark. Das bringt gewisse Anforderungen an die Architektur mit sich. Es ist vorgesehen, dass die alte Bobinenhalle abgebrochen und durch eine neue ersetzt wird, welche auf dem Dreiecksgrundstück zwischen den Gleisen zustande kommen soll. Zudem ist die Instandsetzung des heutigen Hauptgebäudes vorgesehen. In einem weiteren Schritt folgen ein Erweiterungsbau mit Büronutzung, die Optimierung der Lagerfläche im Aussenbereich durch eine eigene Lagerhalle und schliesslich der generelle Gebäudeunterhalt und Massnahmen für die Erdbbensicherheit. Der Betrieb soll dabei stets aufrechterhalten werden. Es kann somit auf ein Provisorium verzichtet werden. Das Bauvorhaben ist komplex und eine städtebauliche Herausforderung. Das ewz hat einen Studienauftrag an sechs Teams vergeben. Das Siegerprojekt beinhaltet eine Aufstockung des bestehenden Hauptgebäudes. Es liegt somit weiterhin eine Längsfassade zum Park hin vor, an der zudem ein öffentlich zugängliches Café entstehen soll. Mit dem Café wird auch das Defizit in der heutigen Parkgestaltung behoben. Die Lagerhalle wird im westlichen Arealteil liegen. Das Projekt ragt gegen das Unterwerk hin aus. Es überdeckt das Unterwerk somit ein Stück und entschärft damit dessen Erscheinungsbild. Städtebaulich mag es nicht die beste Lösung sein. Es ist aber eine Reaktion auf eine schwierige Situation. Falls der Gemeinderat dem Kredit zustimmt, ist für Ende 2017 eine Volksabstimmung vorgesehen. Das neue Gebäude würde bis ungefähr 2022 erstellt. Die Projektierungsgelder werden voraussichtlich in den Jahren 2017 und 2018 anfallen und sind im Aufgaben- und Finanzplan

2016–2019 vorgemerkt. Die vorberatende Kommission empfiehlt die Zustimmung zur Vorlage. In der Kommissionsarbeit trafen wir allerdings auf einige Hürden. Zu diskutieren gab insbesondere mein Rückweisungsantrag. Wir hätten uns mit dem Bau eines Hochhauses eine grössere Verdichtung und mehr Arbeitsplätze auf dem Areal gewünscht. Diese Idee wurde zwar vom ewz evaluiert, aus Kostengründen jedoch verworfen. In der Kommission wurde uns mitgeteilt, dass die Kosten pro Arbeitsplatz deutlich zu hoch seien und seitens der Stadt kein Bedarf vorhanden sei. Uns schwebte ein Hochhaus wie das Verwaltungsgebäude Werd mit verschiedenen Dienstabteilungen vor. Diese Idee stiess in der Kommission durchaus auf Zustimmung, war aber dennoch aussichtslos, weshalb ich den Rückweisungsantrag zurückzog. Als das Resultat des Studienauftrags vorgestellt wurde, stellte sich heraus, dass in vier der sechs eingereichten Projekte ein Hochhaus geplant war. Auch die Idee von mehreren Nutzern in einem Hochhaus wurde in einem Beitrag umgesetzt. Die Kosten wurden dabei teilweise tatsächlich überschritten, aber nicht in dem Ausmass, wie uns dies gesagt wurde. Die Idee einer besseren Ausnützung wäre somit nicht unbedingt realitätsfremd gewesen. Die Kommission empfiehlt dennoch die Zustimmung und verlässt sich auf die Aussage des Stadtrats, dass nach dem Kauf von zwei grossen Verwaltungsgebäuden in Zürich Nord kein weiterer Grossbau für die Stadtverwaltung nötig sei.

Weitere Wortmeldungen:

**Heinz Schatt (SVP):** Die SVP unterstützt die Weisung des Stadtrats. Der Entscheid des ewz, Aktivitäten an zwei Standorten zu bündeln und damit Synergien zu nutzen, scheint uns sehr sinnvoll. Es scheint uns auch richtig, darauf zu verzichten, einen einzigen Standort im Areal Herdern zu schaffen und den Standort in Oerlikon aufzugeben, wie es in einem früheren Projekt einst vorgesehen war. Wir begrüssen zudem, dass Fremdmieten vermieden werden können. Die SVP ist grundsätzlich mit der Vorlage einverstanden, hat aber einige Bedenken. Es geht um eine Investition von fast 100 Millionen Franken. Man muss diese Summe hinterfragen. Begründet wird sie gemäss einer Projektstudie durch die Differenz zwischen möglichen Einsparungen und den geschätzten Projektkosten. Die Einsparungen und Bewirtschaftungskosten sind dabei über einen Zeitraum von 40 Jahren berechnet. Die Bewirtschaftungskosten sind unserer Meinung nach mit 460 000 Franken pro Jahr sehr tief berechnet und entsprechen lediglich 0,5 % der gesamten Bausumme. Auf der anderen Seite rechnet man mit sehr hohen Einsparungen. Es wird davon ausgegangen, dass 1,5 % der Arbeitsplätze beim ewz eingespart werden könnten und damit über 40 Jahre Einsparungen von 90 Millionen Franken erzielt werden können. Eine weitere mögliche Einsparung von 43 Millionen Franken besteht bei den Fremdmieten, die das ewz auch dann nicht tätigen müsste, falls es noch wachsen würde, oder es könnten überzählige Räume vermietet werden. Die beiden Einsparungen beissen sich bis zu einem gewissen Grad. Die SVP ist deshalb sehr skeptisch, dass das Projekt in den richtigen Leitplanken startet. Wir erwarten vom Departement der Industriellen Betriebe (DIB) eine sorgfältige Bedürfnisanalyse und den Nachweis, dass kein überrissenes Projekt realisiert wird. Der Baukredit soll durch einen möglichst genauen Kostenvoranschlag abgesichert sein. Die Risiken könnten auch mit einem Unternehmer geteilt werden. Es ist mit Sicherheit eine Hauptaufgabe bei diesem Projekt, die Kostendisziplin durchzuhalten. Das DIB ist auf dem richtigen Weg. Das Ziel muss aber noch justiert werden. Die SVP stimmt dem Projektierungskredit zu und wird den Kreditantrag genau unter die Lupe nehmen.

**Sven Sobernheim (GLP):** Zum Votum von Markus Kunz (Grüne) zum Thema Hochhäuser: Das Kostendach liegt bei 95 Millionen Franken. Die im Projektwettbewerb entworfenen Hochhäuser hätten Kosten von 105 Millionen Franken verursacht. Das von Markus Kunz (Grüne) gewünschte Hochhaus hätte sogar 330 Millionen Franken gekostet. Hier bewegen wir uns in deutlich anderen Kostendimensionen. Ein Arbeitsplatz wür-

de im jetzigen Projekt 185 000 Franken kosten und in dem von Markus Kunz (Grüne) gewünschten Projekt 330 000 Franken.

**Andreas Kirstein (AL):** *Wir befanden uns in der Kommission in der Enthaltung und werden auch heute in der Enthaltung bleiben. Über die Bedenken der SVP hinaus haben wir noch einige weitere Kritikpunkte. Wir haben stets gefordert, dass man mit den Verwaltungsgebäuden von Fremdmieten wekommt. In der Kommission konnte uns aber zu wenig gut dargelegt werden, wie die bedeutsame Investition in die Gesamtstrategie zu Standorten der Verwaltung der Stadt eingebunden wird. Auf Seiten der Verantwortlichen der Departemente konnte das Projekt durchaus überzeugen. Man muss es aber aus unserer Sicht im Gesamtzusammenhang sehen, auch mit den Zukäufen, die während der vergangenen Jahre zur Unterbringung der Verwaltung getätigt wurden. Es ist zudem kein Geheimnis, dass die institutionelle Zukunft des ewz alles andere als geklärt ist. Es scheint uns ein schwieriger Moment, um eine derart grosse Immobilieninvestition zu tätigen. Insbesondere, weil wir von der AL das ewz-Geschäft in einen grösseren Gesamtzusammenhang stellen, auch unter Berücksichtigung der Voten, die von Stadtrat Türler geäußert wurden. Mal wird von Konzernsicht, mal von Stadtsicht gesprochen. Für uns ist es die notwendige institutionelle Neuordnung aller Energieproduzenten und -verteiler in der Stadt. Vor diesem Hintergrund mahnen wir zur Vorsicht.*

#### Schlussabstimmung

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Martin Bürlimann (SVP), Andreas Edelmann (SP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP) i. V. von Marc Schlieper (FDP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP), Reto Rudolf (CVP), Heinz Schatt (SVP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP)  
Enthaltung: Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL)  
Abwesend: Sven Sobernheim (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 16. April 2015 bewilligte Projektierungskredit für die Optimierung des Areals Herdern zur Nutzung als Hauptstandort der Verteilnetze des Elektrizitätswerks wird von Fr. 894 800.– um Fr. 8 573 240.– für externe Ausgaben und Fr. 524 000.– für wesentliche Eigenleistungen, insgesamt um Fr. 9 097 240.– auf Fr. 9 992 040.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016)

2168. 2016/117

**Weisung vom 13.04.2016:  
Elektrizitätswerk, Energie-Contracting für den Wärmeverbund Gattikon, Objekt-  
kredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für das Energie-Contracting für den Wärmeverbund Gattikon wird dem Elektrizitätswerk eine Erhöhung des mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 10. April 2015 bewilligten Objektkredits in der Höhe von Fr. 976 640.– um Fr. 11 636 352.– auf insgesamt Fr. 12 612 992.– bewilligt (Preisstand gemäss Zürcher Index für Wohnbaukosten im April 2015).
2. Der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe wird ermächtigt, den Objektkredit gemäss Dispositiv-Ziff. 1 ganz oder teilweise aufzuheben, falls der Wärmeverbund Gattikon nicht eigenwirtschaftlich betrieben werden kann. Gleichzeitig wird er eingeladen, den Gemeinderat über einen allfälligen Projektabbruch zu informieren.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Reto Rudolf (CVP):** Es geht um den Objektkredit für ein Energie-Contracting für den Wärmeverbund Gattikon. Das ewz hat die entsprechende Ausschreibung der Gemeinde Thalwil für die Erstellung und den Betrieb gewonnen. Mit ökologischer Wärme versorgt werden sollen neben Privaten ein Schulhaus mit Hallenbad und zwei weitere Liegenschaften. Es wurden bereits 18 Energie-Contracting-Verträge über eine Wärmemenge von 6670 Megawattstunden unterzeichnet. Somit kann der Verbund wirtschaftlich betrieben werden. Das Ziel ist es, einen Wärmeabsatz von jährlich 9200 Megawattstunden zu erreichen. Für die Realisierung des Projekts ist ein Objektkredit in der Höhe von rund 12 Millionen Franken erforderlich. Der Betrag kann nicht durch die bestehenden Rahmenkredite finanziert werden und muss deshalb durch den Gemeinderat bewilligt werden. Im Objektkredit sind auch die durch den Vorsteher des DIB bereits bewilligten Projektierungskosten von knapp einer Million Franken berücksichtigt. Die Ausgaben sind im Budget 2016 enthalten und im Aufgaben- und Finanzplan 2016–2019 vorgemerkt. Zur Begrenzung des Investitionsrisikos werden die Verträge mit Kundinnen und Kunden unter dem Vorbehalt abgeschlossen, dass der Wärmeverbund Gattikon realisiert wird. Durch die Umsetzung des Projekts können jährlich über 7500 Megawattstunden an fossilen Brennstoffen eingespart werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss kann jährlich um über 1800 Tonnen gesenkt werden. Die Mehrheit beantragt, beim Dispositivpunkt 1 dem Objektkredit zuzustimmen und unter Dispositivpunkt 2 den Vorsteher des DIB zu ermächtigen, den Objektkredit ganz oder teilweise aufzuheben, sollte der Wärmeverbund nicht eigenwirtschaftlich betrieben werden können, und den Gemeinderat darüber zu informieren.

Kommissionsminderheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die SVP kann nicht verstehen, warum eine Heizung staatlich sein soll. Der Auftrag könnte auch von einer privaten Firma übernommen werden. Für die Gemeinde Thalwil werden Schulhaus und Hallenbad sowie zwei weitere Liegenschaften mit Wärme versorgt. Der grösste private Kunde bezieht 20 % des Wärmeabsatzes. Das ewz betreibt bereits in Klosters eine Holzschnitzelheizung mit Fernleitungen und hat eine Contractor-Ausschreibung der Gemeinde Cham zur Erstellung und Betreuung eines Wärmeverbunds gewonnen. Ein weiterer Auftrag ist das Pflegeheim am Käferberg. Die effizienteste Energieform, die Wasserkraft, rentiert aufgrund der Subventionierung von pseudo-ökologischen Energieformen nicht mehr. Deshalb erschliessen die

grossen Energieunternehmen wie die BKW, Alpiq, Axpo oder auch das ewz neue Geschäftsfelder. Bei vielen grossen Energiefirmen ist Contracting ein strategisches Geschäftsfeld. Wir sind nicht überzeugt, dass das ewz in diesem Marktumfeld gewinnbringend ein neues Geschäftsfeld betreiben kann. Es ist zudem keine Strategie ersichtlich. Es geht um Umsatzausweitung ausserhalb des Kerngeschäfts. Bei der Weisung zum Pflegeheim Käferberg stimmte die SVP zu, da das Pflegeheim in Zürich liegt und somit der Kernmarkt im geografischen Zentrum liegt. Die übrigen Contracting-Weisungen haben wir wie auch die vorliegende Weisung stets abgelehnt. Insbesondere vertreten wir die Meinung, dass normale Heizungen von Privaten und nicht von staatlichen Unternehmen erstellt werden sollten.

Weitere Wortmeldungen:

**Andreas Edlmann (SP):** Das Volk hat die Energiedienstleistungen stets befürwortet. Der letzte Rahmenkredit wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 80 % gutgeheissen. Auch in der Kommission sind wir der Meinung, dass die Energiedienstleistungen eine gute und wichtige Sache sind. Auch der Argumentation von Martin Bürlimann (SVP) konnte man diese Aussage entnehmen. Die SVP findet das Projekt offenbar grundsätzlich gut, möchte aber nicht, dass es durch die ewz umgesetzt wird, sondern will Private berücksichtigen. Meiner Meinung nach sollte auch das ewz Geld verdienen dürfen. Es ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch eine gute Sache. Der Wärmeverbund wird mit 80–90% Holz betrieben, einem lokalen Rohstoff. Die grosse Mehrheit der Kommission und auch die SP sagen überzeugt Ja zu diesem Wärmeverbund.

**Roger Liebi (SVP):** Ich möchte nochmals deutlich machen, worum es uns geht: Unserer Meinung nach sollte der Staat nur das übernehmen, was Private nicht erledigen können. Das ist hier nicht der Fall. Es gibt durchaus Private, die diese Aufträge ausführen könnten. Im Fall Thalwil hat zwar eine Ausschreibung stattgefunden, es gilt aber zu berücksichtigen, wie ein privates Unternehmen gegenüber einem vom Staat vollumfänglich gestützten Unternehmen wirtschaften muss. Es gibt hier grosse Unterschiede. Das ist der Punkt. Es gibt auf dem Markt auch noch andere Player. Die Stadt hat die Angebote sehr punktuell ausgeweitet: Klosters, Cham, und nun Gattikon. Für mich ist keine Strategie sichtbar. Es handelt sich hier an sich nicht um eine schlechte Sache. Es ist aber sicherlich nicht die Aufgabe der Stadt, diese Angebote ausserhalb ihres Rayons zu machen. Der Staat sollte nur seiner Kernaufgabe nachgehen und sich nicht dort einmischen, wo eine Aufgabe auch von Privaten ausgeführt werden könnte. So können wir sicherstellen, dass die Privaten weiterhin auch genügend Arbeit haben.

**Sven Sobernheim (GLP):** Wenn sich das ewz dort nicht bewerben soll, wo sich auch Private bewerben können, muss mir Roger Liebi (SVP) erklären, warum es in Zürich gemäss seiner Logik nicht auch Private machen könnten. Beim Käferberg hat die SVP zugestimmt. Zur Strategie des ewz: Es investiert, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist und wo Ausschreibungen durchgeführt werden. Das ewz kann sich auch bewerben, wenn diese Ausschreibungen in einem anderen Kanton stattfinden.

**Martin Bürlimann (SVP):** Eine Replik auf das Votum von Sven Sobernheim (GLP): Wir sehen das Geschäftsfeld als strategisches Geschäftsfeld nicht. Das ist unser Kritikpunkt. Seit der Volksabstimmung sind sechs oder sieben Jahre vergangen. Das Umfeld hat sich gewandelt. Aufgrund der Subventionen hat sich der Strompreis massiv verändert. Wir haben dem Pflegeheim Käferberg zugestimmt, von der Linie her, was Geschäftsfelder sein könnten: Spitäler, Turnhallen, Schulhäuser und dergleichen in der Stadt und in der näheren Umgebung. Wir können unterstützen, wenn man ähnliche Geschäftsfelder miteinander bedient. Doch diese punktuellen Aufträge lehnen wir ab. Wir sollten nicht etwas in Thalwil erledigen, das eine Firma in der Nähe von Thalwil ebenfalls erledigen

*könnte. Wir sehen den Sinn hier nicht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

**STR Andres Türler:** *Ich bin etwas erstaunt. Als ich damals vom Gemeinderat in den Stadtrat übertrat, kritisierte der Gemeinderat, das ewz solle nicht alle fünf Wochen eine neue Energiedienstleistungsweisung liefern. Diese seien stets nach dem gleichen Muster aufgebaut und man habe stets zugestimmt. Es wurden ein Leistungsauftrag und ein Rahmenkredit erstellt. Der Leistungsauftrag wurde im Gemeinderat 2009 breit diskutiert. Es wurde im Gemeinderat verabschiedet, dass das ewz einen generell-abstrakten Leistungsauftrag in dieser geografischen Ausdehnung und in dieser Stossrichtung erhält. Entsprechend fanden Volksabstimmungen für den grossen Rahmenkredit statt. Dieser geht mittlerweile langsam zur Neige. Aus diesem Grund bringen wir die Weisungen wieder in den Gemeinderat. Es ist gut, dass diese Diskussion wieder einmal geführt wird. Man muss erkennen, was das ewz an guten Geschäften macht. Es wurde gesagt, dass Private dies ebenso gut erledigen könnten. An Ausschreibungen machen beispielsweise ewb mit, IWB, die EKZ oder Alpiq. Wir befinden uns hier wieder bei der Diskussion, ob es von der Rechtsform oder vom Eigentümer abhängig ist, ob ein Unternehmen privat oder öffentlich ist. Meiner Meinung nach hängt es vom Eigentümer ab. Damit wären diese alle öffentlich. Deshalb handelt es sich in meinen Augen um ein Scheinargument. Das ewz müsste auf ein Geschäftsfeld verzichten, mit dem man momentan noch Geld verdient, auch wenn es schwierig ist. Man muss in diesem Geschäftsfeld sehr eng rechnen. Es liegt nicht nur an den Subventionen für die erneuerbaren Energien wie Wind und Solar in Deutschland, sondern vor allem auch am vergünstigten Kohlestrom. Ich möchte klarstellen, dass es hier keine Subventionierung gibt. Es wird bald ein neuer Rahmenkredit benötigt werden. Die Geduld, immer wieder über die einzelnen Geschäfte zu sprechen, scheint langsam zur Neige zu gehen. Das ewz erhält bei den Ausschreibungen jeweils den Zuschlag, weil seine Projekte gut und wirtschaftlich sind. Das ewz verfügt auf diesem Gebiet über die grösste Erfahrung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Reto Rudolf (CVP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Andreas Edelmann (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Bürlimann (SVP), Referent; Heinz Schatt (SVP)
Enthaltung:	Andreas Kirstein (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Reto Rudolf (CVP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Andreas Edelmann (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Martin Bürlimann (SVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Shaibal Roy (GLP), Heinz Schatt (SVP), Marc Schlieper (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP)
- Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für das Energie-Contracting für den Wärmeverbund Gattikon wird dem Elektrizitätswerk eine Erhöhung des mit Verfügung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vom 10. April 2015 bewilligten Objektkredits in der Höhe von Fr. 976 640.– um Fr. 11 636 352.– auf insgesamt Fr. 12 612 992.– bewilligt (Preisstand gemäss Zürcher Index für Wohnbaukosten im April 2015).
2. Der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe wird ermächtigt, den Objektkredit gemäss Dispositiv-Ziff. 1 ganz oder teilweise aufzuheben, falls der Wärmeverbund Gattikon nicht eigenwirtschaftlich betrieben werden kann. Gleichzeitig wird er eingeladen, den Gemeinderat über einen allfälligen Projektabbruch zu informieren.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016)

#### 2169. 2016/34

##### **Weisung vom 27.01.2016:**

##### **Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Beiträge 2016–2019, sowie Bericht und Abschreibung Postulat**

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 250 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.  
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Vom Bericht zum Postulat betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area wird Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2012/5, von Dr. Jean-Daniel Strub und Lucia Tozzi (beide SP) vom 11. Januar 2012 betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Einbezug der kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmaßnahmen für die Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Isabel Garcia (GLP):** *In der Weisung geht es um die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA) für die Jahre 2016 bis 2019. Beantragt werden Beiträge in der unveränderten Höhe von 250 000 Franken pro Jahr. Die GZA hat den Auftrag, den Wirtschaftsstandort Grossraum Zürich zu vermarkten und Firmen anzusiedeln. Träger der GZA sind nebst den Städten Zürich und Winterthur die Kantone Zürich, Graubünden, Solothurn, Zug, Uri, Schwyz, Glarus und Schaffhausen, aber auch private Stifter wie z.B. die Swiss Re oder der Flughafen Zürich. Auch die ETH Zürich ist neuerdings mit*

dabei. Die GZA verfügt über ein Jahresbudget von knapp 4 Millionen Franken. Davon sind 2,8 Millionen Franken Subventionen der öffentlichen Hand. Rund 1,1 Millionen Franken stammen von privaten Trägern. Der Standortwettbewerb ist in den letzten Jahren globaler und härter geworden. Auch aufgrund der technologischen Entwicklung werden Unternehmen immer unabhängiger. Auch bei der Konkurrenz kann man eine Verbesserung bei den Standortqualitäten feststellen. Parallel dazu hat sich der Wettbewerb um die besten Unternehmensstandorte zunehmend in eine Konkurrenz zwischen den Metropolitanräumen verlagert. Umso wichtiger ist es, dass eine Standortförderungsinstitution wie die GZA eine individuelle Betreuung und massgeschneiderte Informationsarbeit für interessierte Unternehmen anbieten kann. Gerade in einem föderalistischen Land sind die Wettbewerbsvorteile oft regionaler und lokaler Natur. Die Standortvermarktung muss deshalb auch lokal und regional getragen und ausgeführt werden. Die GZA konzentriert sich in ihren Aktivitäten auf die Zielmärkte Europa, USA und China, wo auch die 15 Mitarbeitenden der GZA eingesetzt werden. Die GZA legt den Fokus auf Unternehmen der Maschinenindustrie, ICT-Branche, Biotech, Pharma, Cleantech und Umwelttechnologie, Medien und Kreativwirtschaft, Medizinaltechnik sowie technische und wissenschaftliche Dienstleistungen. Diese Fokussierung entspringt einer klaren Analyse der Standortqualitäten des Metropolitanraumes Zürich. Der Wirtschaftsraum Zürich ist überdurchschnittlich attraktiv für innovationsgetriebene und wertschöpfungsintensive Unternehmen. Die GZA wurde im letzten Jahr einer umfassenden Überprüfung durch Ernst&Young unterzogen. Dabei wurde auch der Forderung des Postulats 2012/5 Rechnung getragen, das eine Untersuchung der kritischen Nebeneffekte der Aktivitäten der GZA forderte. Die Auswirkung der Standortförderungsmaßnahmen sollten untersucht werden, insbesondere im Bereich des Wohnungsmarkts, aber auch im Bereich von Nachfrage nach Bildungs- und Betreuungsdienstleistungen sowie Mobilität. Die kritischen Nebeneffekte wurden aber nun insgesamt als minimal beurteilt. Weiter wurde festgestellt, dass die GZA bezüglich Steuerfragen von ansiedlungsinteressierten Unternehmen nicht beratend tätig ist und dass sich die strategische Neuausrichtung mit den erwähnten Fokusbranchen in hoher Übereinstimmung mit der städtischen Strategie zur Entwicklung des Wirtschaftsraums Zürich befindet. Im Zeitraum 2009 bis 2013 hat die GZA 464 Unternehmen angesiedelt. Dabei wurden insgesamt 4165 Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Steuereinnahmen in der Höhe von rund 150 Millionen Franken generiert. Zürich ist geografisch und wirtschaftlich gesehen das Herz der GZA und kann von den Aktivitäten überproportional profitieren. Zürich bietet eine hervorragende Infrastruktur in jeder Hinsicht. Dies trägt zur Attraktivität bei. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt, den städtischen Beitrag auch in den kommenden vier Jahren in der unveränderten Höhe von 250 000 Franken pro Jahr zu belassen. Weiter wird empfohlen, den Bericht zum Postulat bezüglich der Evaluation der GZA zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat abzuschreiben.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

**Christian Huser (FDP):** Die FDP stellt einen Änderungsantrag. Seit 2000 hat der Gemeinderat den Nutzen des Standortmarketings erkannt und mit seiner Zustimmung von jährlich 250 000 Franken einen grossen Beitrag geleistet. Von 2009 bis 2013 konnten dadurch rund 150 Millionen Franken Einkommens- und Unternehmenssteuern eingenommen werden, und dies bei einem Aufwand von lediglich 30 Millionen Franken. Die Stadt profitiert als Zentrum besonders. Von den 406 Unternehmen mit 4200 Mitarbeitenden befinden sich 93 Firmen mit rund 1200 Angestellten in der Stadt. Finanziert wird die GZA durch die Stadt Zürich, die Region Winterthur, die verschiedenen Mitgliederkantone und private Unternehmen. Seit 1999 bezahlen die Kantone 1.50 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Die Städte Zürich und Winterthur sowie die Privaten sind von dieser Regelung ausgeschlossen. Sie bezahlen einen pauschalen Beitrag. Die Gesamtsumme beträgt 4,2 Millionen Franken. Davon stammen rund

1,15 Millionen Franken von Privaten und 3,1 Millionen Franken von der öffentlichen Hand. Der Anteil des Kantons Zürich entspricht ungefähr der Hälfte dieses Betrags. Die Stadt ist die Hauptnutzniesserin der Standortaktivitäten der GZA. Deshalb sollte uns dies ein professionelles Standortmarketing von mindestens 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner wert sein. Der Betrag wäre auch im Verhältnis zum kantonalen Beitrag angemessen. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen könnte man am Standort Zürich mit zusätzlichen 1 bis 2 Mitarbeitenden, die den Markt permanent bearbeiten würden, grössere Erfolge generieren. Bei der SP, die in letzter Zeit sehr wirtschafts- und gewerbefreundlich auftrat, stösst unsere Forderung nicht auf grosse Unterstützung. Auch bei den Grünen ist die Standortförderung eher ein rotes Tuch. Die Haltung der GLP wird sich noch zeigen. Bei der SVP steht wiederum das Sparen im Vordergrund. Es wäre allerdings der falsche Zeitpunkt. Für die weitere Zukunft scheint es uns wichtig, die 400 000 Franken zu sprechen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

**Christina Hug (Grüne):** Die Fraktionen der Grünen und der AL werden den städtischen Beitrag an die Stiftung GZA weiterhin ablehnen und sind auch klar gegen eine Aufstockung des Beitrags. Das Ziel der GZA ist es, den Grossraum Zürich als attraktiven Wirtschaftsstandort zu verkaufen und internationale Firmen anzulocken. Solche Massnahmen mögen sinnvoll sein für strukturschwache Kantone oder Regionen, die mit Abwanderung zu kämpfen haben. Für die Stadt Zürich hingegen sind sie nicht nötig. Zürich wird aufgrund der Lage, der sehr guten Infrastruktur und den ausgezeichneten Rahmenbedingungen als ausserordentlich attraktiven Wirtschaftsstandort wahrgenommen. Firmen siedeln sich gerne hier an. Die Frage stellt sich, ob die Ansiedelung von internationalen Firmen in Zürich tatsächlich primär auf die Tätigkeit der Stiftung GZA zurückzuführen ist. Die Firmenansiedlungen schaffen im Übrigen auch nicht Arbeitsplätze an sich. Es findet lediglich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen von einem Standort an den anderen statt. Wir haben grundsätzlich nichts dagegen, dass Firmen nach Zürich kommen und die Stadt wächst. Diese Entwicklung findet aber ohnehin statt und sollte nicht noch mit Steuergeldern forciert werden. Das Wachstum bringt durchaus auch negative Folgen mit sich. Der Siedlungsdruck auf die Landschaft im Raum Zürich, der Druck auf den Wohnungsmarkt, auf das Bildungswesen, auf die Verkehrsinfrastruktur und auf das lokale Gewerbe ist bereits heute enorm. Besonders stossend scheint mir, dass neu auch die SVP dem Kredit zustimmt. Sie will offenbar, dass sich Firmen aus dem Ausland hier ansiedeln. Wenn für die Besetzung der Arbeitsplätze dann auch Leute nach Zürich kommen, spricht die SVP aber wieder von Masseneinwanderung. Das ist nicht konsequent.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Sinn der Spezialkommissionen liegt auch darin, dass man über Parteien hinweg erfährt, was die andern im Schilde führen. Natürlich werden nie alle Karten auf den Tisch gelegt. Interessant war aber diesmal, dass die SP in der Spezialkommission mit Enthaltung glänzte und die FDP kurz vor Schluss mit einem gloriosen Antrag kam, das Budget um 60 % zu erhöhen. Die SVP ist transparent und verlässlich. Wir haben den Beitrag 2012 zwar noch abgelehnt. Seither hat sich aber einiges verändert und wir befürworten den Beitrag von 250 000 Franken. Die neue strategische Ausrichtung der GZA wurde in der Weisung erläutert und im Bericht von Ernst&Young ausführlich dokumentiert. Bei Werbung ist es üblicherweise so, dass man 100 % ausgibt und nicht weiss, wie viel davon unnütz ist. Wenn man nun bei der GZA 50 % davon für unnütz hält, muss man präzisieren, was diese 50 % beinhalten. Am meisten zur Befürwortung der Beiträge geführt hat uns aber das exorbitante Ausgabenwachstum der Stadt. Wir scheitern bei unseren Versuchen, dieses zu bremsen. Im vorliegenden Fall

ziehen Personen aufgrund der Arbeitsplätze hierher. Sie finden hier bessere Konditionen und ein gutes Umfeld. Es gibt somit allenfalls auch ein Wachstum von Arbeitsplätzen bei diesen Firmen. Dies führt unter dem Strich zu einem Stellenwachstum. Wir sind froh, dass sich jemand strategisch und konsequent dafür einsetzt, dass ausländische Firmen nach Zürich kommen und uns Steuereinnahmen bringen. Mit der Masseneinwanderung erzielt man kein Wachstumssteuersubstrat pro Person. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen pro Person sinken. Bei der SP gibt es offenbar unterschiedliche Meinungen. Wir hoffen auf Stimmfreigabe. Die SP hat den Beitrag bisher unterstützt. Ich verstehe nicht, warum sie sich nun ziert. Die GZA fördert Cleantech, ICT. Sie hält sich mit der Förderung und Anlockung von Finanzdienstleistungen und Rohstoffhandel zurück und müsste somit bei der SP gut angeschrieben sein. Die FDP wiederum schlägt vor, 400 000 Franken einfach so zu sprechen, ohne genau zu sagen, wofür diese ausgegeben werden sollen. Das überzeugt uns nicht. Die 400 000 Franken wurden weder von der GZA noch vom Stadtrat gefordert. Die Abschreibung des Postulats wie auch den Bericht von Ernst&Young hingegen können wir unterstützen.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Dr. Daniel Regli sprach von einem exorbitanten Ausgabenwachstum. Davon kann keine Rede sein. Der überwiegende Teil der wachsenden Ausgaben hat mit der Erfüllung von gut begründeten Volksentscheiden zu tun. Die SP hat sich in der Kommission der Stimme enthalten, weil sich in der Fraktion zwei Positionen die Waage hielten. Es sind zwei sehr unterschiedliche Blickwinkel. Entsprechend hat die SP-Fraktion bei dieser Weisung Stimmfreigabe beschlossen. Auf Anfrage gaben wir diesbezüglich auch Auskunft. Ich persönlich vertrete den Standpunkt derjenigen Mitglieder, die der Weisung zustimmen werden. Es geht hier auch um eine gewisse Kontinuität. Bei der Debatte vor vier Jahren kam aus den verschiedensten Fraktionen viel Skepsis gegenüber dem Wirken der GZA, aber auch ein Insistieren, dass die GZA eine neue strategische Ausrichtung verfolgen können soll. Wir haben die Weisung vor vier Jahren aus grundsätzlichen Erwägungen nicht abgelehnt. Deshalb ist es nur konsequent, auch dieses Mal der Weisung zuzustimmen. Die Neuausrichtung der Strategie ist in der Rhetorik, in den Resultaten, in der Vorgehensweise und im anvisierten Branchenmix spürbar. Es wird ein anderer Weg eingeschlagen. Das hat auch mit dem Insistieren der Stadt zu tun. Ich erwarte, dass man weiter auf dem eingeschlagenen Weg insistiert. Eine Bündelung der Kräfte im Bereich der Standortpromotion ist sinnvoll und besser als eine kleinräumige Wirkungsweise. Es gibt unter anderem mit dem Steuerwettbewerb noch genügend Gebiete, wo eine schädliche Konkurrenz im kleinen Rahmen in der Schweiz besteht. Kantone stehen zueinander in der Standortkonkurrenz. Wir sollten deshalb weiterhin im Gebündelten wirken. Die Stadt braucht wirtschaftliche Diversifizierung. Die GZA kann einen Beitrag dazu leisten und handelt in Übereinstimmung mit den strategischen Grundlinien der Stadt. Die Stadt sollte als eine Art Stachel im Fleisch der GZA agieren. Das Ja ist ein kritisches Ja mit viel Verständnis für die Gegenseite. Ich bedanke mich für die Erfüllung des Postulats. Der Bericht zeigt auf, dass die kritischen Nebeneffekte in der Tat nur minimal sind. Wir nehmen Kenntnis davon, schreiben das Postulat ab und werden das Wirken der GZA weiterhin im gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachten.

**Roger Liebi (SVP):** Christina Hug (Grüne) sagte, es sei eigenartig, dass die SVP die Beiträge plötzlich befürworte. Es ist nicht so, dass wir damals grundsätzliche Bedenken gegenüber der GZA hegten. Wir wiesen lediglich auf die Intransparenz hin. Es war mir ein Anliegen, dass hier mehr Transparenz vorhanden ist, damit wir wissen, warum was passiert. Dies hat nun stattgefunden. Es kommt nicht nur der Stadtzürcher Wirtschaft zugute, sondern auch für den Kanton und die Grossregion. Ich bin im politischen Sinne kein grosser Metropolitanfreund, aber im wirtschaftlichen Sinne durchaus. Es sind viele Kantone mit dabei. Christina Hug (Grüne) sagte, die Firmen würden auch ohne das Zutun der GZA nach Zürich kommen. Das ist heute nicht mehr so. In Deutschland etwa

werden gewisse Firmen steuerbefreit. Dann sind sie eventuell in fünf Jahren wieder weg. Über 80 % der von der GZA akquirierten Firmen sind auch nach 10 Jahren noch hier. Das ist ein Erfolg. Wir wollen nicht nur für diejenigen Firmen Arbeitsplätze schaffen. Es braucht auch immer Lieferanten für diese Firmen. Unser Gewerbe erhält dadurch Arbeit. Wenn man zudem 1 Franken in die GZA investiert, erhält man 5 Steuerfranken zurück. Das ist doch toll. Damit können die Grünen dann ihre Anliegen finanzieren. Im heutigen Umfeld haben wir andere Herausforderungen. Der Franken ist nicht unglaublich stark. Der schwache Euro drückt sich auf verschiedenen Ebenen aus. Wir müssen darauf achten, dass wir die Wirtschaft nicht nur stärken, sondern anheben können. Dazu gehört Wachstum. Wenn die Linke ihre Ausgabenpolitik so weiterführen will, muss sie für die Wirtschaft sorgen und mithelfen, dass diese Unternehmen und Angestellten Steuern in die Stadt bringen und hier gut leben können.

**Isabel Garcia (GLP):** Vor vier Jahren haben wir die Weisung noch abgelehnt. Dieses Mal werden wir zustimmen. Uns hat überzeugt, dass Analysen über Aktivitäten, Strategie und Zielsetzung der GZA stattgefunden haben. Auch die Ergebnisse der Analysen haben uns überzeugt. Sie sind auch in der vorliegenden Weisung wiederzufinden. Bei den früheren Weisungen war alles etwas schwammig gehalten. Es war unklar, wer wo tätig war, ob Überschneidungen mit anderen Promotionsorganisationen existierten, ob es sich um eine allgemeine, nicht allzu fokussierte Aktivität handelte. Nun findet eine klare Fokussierung statt, einerseits auf Märkte – Europa, USA, China –, die wichtige Partner für die Schweiz sind und spezifische Bedürfnisse haben, gerade dann, wenn es darum geht, dass man massgeschneiderte Infos und Beratungsdienstleistungen für ansiedlungswillige Unternehmen anbringen kann. Die zweite Fokussierung bezieht sich auf die Stärken des Wirtschaftsraums Zürich. Der Wirtschaftsraum Zürich ist bei innovationsgetriebenen und wertschöpfungsintensiven Industrien und Unternehmen stark. Die neue Strategie ist genau darauf fokussiert. Uns gefällt insbesondere, dass Umwelttechnologie und Cleantech in diesen Fokusbranchen einen prominenten Niederschlag gefunden haben.

**Jonas Steiner (SP):** Ich nahm am gestrigen GZA-Talk teil. Was man hörte, war zu grossen Teilen nicht schlecht. Es wurde der herausragende Standort Zürich gepriesen. Es wurde mitgeliefert, welche Kriterien zu dieser Bewertung hinzugezogen werden können. Diesbezüglich war ich mit den ersten Referenten vollumfänglich einverstanden. Zentral für den Standort Zürich sind Bildung, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, das kulturelle Angebot, die Lebensqualität. Man könnte sich hier nun die Frage stellen, wann unsere linke Ratsseite zum letzten Mal eine Investition in diesen Bereichen abgelehnt hat und welche Parteien auf allen politischen Ebenen dafür verantwortlich sind, dass in genau diesen Bereichen an allen Ecken und Enden gespart wird. Die GZA ist nicht für die Attraktivität des Standorts verantwortlich. Ihre Aufgabe ist das gezielte Abwerben von Firmen im Ausland und die Anlockung in unseren Metropolitanraum. Damit kommen wir zum Hauptgrund, weshalb ich diese Vorlage ablehne. Die GZA und ihre Aktivitäten stehen für ein System, das mit meinen Idealen einer globalen Gerechtigkeit nicht vereinbar ist. Weltweit und auch in der Schweiz unterbieten sich Länder und Kantone im Standortwettbewerb gegenseitig mit tiefsten Unternehmenssteuern und Spezialsteuerkonstrukten, um den Unternehmen die Verlegung des Standorts schmackhaft zu machen. Das bedeutet in globaler Hinsicht eine gewaltige Vernichtung von Steuersubstrat. Dieses Steuersubstrat fehlt dann für Investitionen in den Bereichen Bildung, ÖV und Kultur. Insbesondere in ärmeren Ländern richtet dies einen enormen Schaden an. Der Kanton Zug, wichtiges Mitglied der GZA, spielt in diesem ruinösen Steuerwettbewerb eine zweifelhafte Schlüsselrolle. Es mag sein, dass die GZA weniger aggressiv als früher abwirbt und die steuerlichen Anreize weniger in den Vordergrund stellt. Das ist für mich allerdings sekundär. Sie wirbt im Ausland Unternehmen ab und führt dabei auch die steuerliche Attraktivität unseres Standorts ins Feld. Damit agiert die GZA auf eine

*Art, die ich als Mitglied dieses Parlaments nicht mittragen möchte. Zürich ist fähig und willens, die globale Perspektive im Blick zu behalten und sich nicht ausschliesslich von Egoismus leiten zu lassen.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Die CVP hat dem Beitrag bereits vor vier Jahren zugestimmt, damals allerdings noch etwas kritischer, mit der Haltung, die GZA hätte eine Chance verdient, müsse aber den Beweis erbringen, dass sie diese Chance wahrnimmt. Heute war oft von der Neuausrichtung der GZA die Rede. Genau diese Neuausrichtung hat uns insgesamt überzeugt. Die GZA hat ihre Chance genutzt. Entsprechend werden wir die Weisung unterstützen. Den Antrag der FDP werden wir ablehnen. Aus den Dokumenten der Kommission war nicht ersichtlich, wie der Antrag zustande kam oder begründet wird. Es ist schwierig, so zu arbeiten, insbesondere, wenn man nicht in der Kommission mit dabei ist. Auch die nun vorgebrachte Begründung vermag uns nicht zu überzeugen.*

**Marcel Tobler (SP):** *Ich gehe mit Jonas Steiner (SP) einig, dass es die langjährige linke städtische Politik ist, die die Stadt in eine Position gebracht hat, dass sie enorm attraktiven Lebensraum bieten kann: Die Hochschulen, das kulturelle Angebot, Sicherheit, Mobilität, Flughafennähe, sozialer Frieden, Ausgleich, Rechtssicherheit, eine berechenbare Steuersituation. Auch die Machenschaften der GZA können durchaus hinterfragt werden. Bei den Konsequenzen vertrete ich jedoch eine andere Meinung. Im Falle eines Austritts der Stadt aus der GZA würde die Stadt ihre Macht, ihre Stärke verlieren, die sie in der GZA einbringen kann und mit der sie die GZA in unserem Sinne prägen kann. Zürich stellt das Zentrum der GZA dar. Wir sollten hier den Rücken von Zürich stärken.*

**Dr. Mario Babini (parteilos):** *Ich habe ebenfalls an der GZA-Konferenz teilgenommen und hege durchaus Sympathien für den Antrag der FDP. Die Erhöhung würde sich in 1 Franken pro Einwohner von Zürich niederschlagen. Man muss sich aber fragen, wie hoch der Anteil dieses Budgets ist, der zum Fenster hinausgeworfen wird. Man muss jedoch auch berücksichtigen, dass mehr Steuersubstrat hineingebracht würde. Vervielfacht man mit dem Multiplikator 5, ist fünf Mal die Hälfte des Zusatzbeitrags immer noch mehr als der Zusatzbeitrag insgesamt. Von daher hege ich durchaus auch Sympathien für den Antrag der SVP. Wir werden in der heutigen Sitzung auch noch über das Zürich Game Festival sprechen. Diese Weisung wird von der FDP wiederum abgelehnt, obwohl die Gaming-Industrie eine der zukunftsträchtigsten Industrien ist und weltweit mehr Umsatz als die gesamte Film- und Musikindustrie erzielt. Andererseits wurde an der GZA-Konferenz auch gesagt, dass die ETH und die EMPA neu als zahlende Sponsoren bei der GZA dabei sind. Die ETH arbeitet auch mit Disney Studios zusammen. Da begreife erst recht umso weniger, dass man den Antrag für das Game Festival ablehnt. Es ist bei der GZA-Weisung sicherlich gerechtfertigt, den bisherigen Beitrag beizubehalten. Man könnte diesen im Zweifelsfall aber sogar erhöhen.*

**Florian Utz (SP):** *Jonas Steiner (SP) ist bereits auf einen Kritikpunkt eingegangen: Das Abwerben der letzten Steuerzahler in Ländern wie Italien oder Spanien. Ich persönlich möchte noch einen anderen, bisher kaum thematisierten Punkt ansprechen: Den Finanzierungsschlüssel der GZA. Die GZA ist hauptsächlich von den Kantonen finanziert. Daneben gibt es noch Private und Gemeinden, die etwas bezahlen. Pro Einwohner zahlt jeder Kanton 1.50 Franken an die GZA. Die Gemeinde Zürich und die Region Winterthur zahlen zusätzlich etwas. Die Frage ist, wer bezahlt und wer profitiert. Der Kanton Zürich bezahlt ohne die städtischen Beiträge 63 % und erhält 32 % der Unternehmen, die die GZA im Ausland abwirbt. Zug bezahlt 5,2 % und erhält 30 % der Unternehmen. Die übrigen Kantone zahlen zusammen 32 % und erhalten 38 % der Unternehmen. Würde man den Verteilschlüssel dahingehend ändern, dass diejenigen Kantone mehr bezahlen müssten, die am meisten neue Unternehmen erhalten, müsste der Beitrag des Kantons*

Zug versechsfacht werden und der Beitrag des Kantons Zürich halbiert werden. Wir können heute nicht ändern, dass der Kanton Zürich auch ohne den städtischen Beitrag bereits doppelt bezahlt. Wir können allerdings entscheiden, ob die Stadt zusätzlich zu den 63 % des Kantons noch einen zusätzlichen Beitrag dazulegen soll. Ein Teil der SP-Fraktion ist der Meinung, dass beim Finanzierungsschlüssel ein Problem besteht. Er sollte nicht noch verdreifacht werden. Das Nein eines Teils der SP ist deshalb auch ein Votum für einen gerechteren Verteilschlüssel für die Kosten der GZA.

**Michael Baumer (FDP):** Es ist lobenswert, dass sich Jonas Steiner (SP) wirklich mit dem Thema befasst. Er müsste die Fakten aber nicht nur anhören, sondern auch zur Kenntnis nehmen. Es wurde über den Steuerwettbewerb gesprochen und dass das Steuersubstrat damit reduziert wird. Das stimmt nicht. Bei der GZA und bei der Standortförderung generell ist es gerade nicht so, dass man mit Spezialsteuerregelungen Firmen hierherlockt und ihnen für zehn Jahre die Steuern erlässt. Jonas Steiner (SP) erwähnte auch, dass vor allem die linke Ratsseite für die Attraktivität der Stadt Sorge. Das sehe ich etwas anders. Das Ausgabenwachstum etwas zu reduzieren bedeutet nicht, dass man etwas zu Tode spart. Wir betreiben eine Standortförderung ohne Steuererleichterung. Die Firmen werden nicht in Italien oder Spanien abgeworben. Es wird analysiert, welche Firmen zum Profil der Stadt Zürich passen würden, damit sich die Region Zürich weiterentwickeln kann. Es werden hochqualitative Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Firmen bezahlen den viel grösseren Teil der Steuern als die Firmen an sich. Wir stehen im internationalen Wettbewerb. Andere innovative Länder sind hier ebenfalls aktiv. Es ist gut, wenn man sich dem Wettbewerb stellt und sich fit hält. Nur so wird man auch in Zukunft erfolgreich sein und stetig steigende Steuereinnahmen generieren können.

**Joe A. Manser (SP):** Ich möchte noch den globalen Kontext mit einbeziehen und thematisieren, welche Aufgabenstellung die GZA vor welchem Hintergrund hat. Zentral ist die wirtschaftliche Dynamik weltweit und die Abhängigkeit davon. Damit verbunden ist die Frage, was dies für den Standort Zürich als Arbeitsplatz und Wirtschaftsraum bedeutet. Wir haben diese Diskussionen in den letzten Jahren vor allem europafokussiert geführt. Die GZA ist aber nicht primär europafokussiert. Das ist ein wichtiger Punkt, weshalb die Tätigkeiten und die Strategie der GZA interessant sind. Die GZA sorgt dafür, dass wir breiter als nur auf den Wirtschaftsstandort Europa abgestützt sind. Ich kann die Analyse der GZA bezüglich der Situation und Ausgangslage durchaus unterschreiben. Man muss sich auch fragen, wie Zürich einzuordnen ist in dieser Dynamik, welche Möglichkeiten wir haben und wo wir uns sehen. Die Wirtschaft, die uns gross gemacht hat, spielt sich nicht mehr bei uns ab. Wir haben neue Wirtschaftszweige. Darauf fokussiert sich die GZA unter anderem. So betrachtet kann man sich fragen, ob es eine Intervention braucht, damit wir auch in 20 Jahren noch gut leben können. Die Schweiz sollte sich überlegen, was sie unternimmt, um weiterhin mithalten zu können. Es gibt durchaus auch nicht steuerbare Faktoren wie die Kosten. Es stellt sich auch die Frage, welche Strategie man anwendet. Die Frage der Abwerbung und der Verlagerung der Arbeitsplätze ist legitim. Aus meiner Sicht gestaltet sich die Verlagerung nicht so, dass wir jenen etwas wegnehmen, die am meisten am Hungertuch nagen. Es geht primär um global aufgestellte Firmen, die ihr Headquarter in Asien oder Amerika haben und einen Europastandort suchen. Ich halte es für legitim, dass wir uns innerhalb Europas als Standort anbieten. An der neuen Fokussierung ist auch positiv, dass wir uns nicht primär als Briefkastenstandort profilieren, wie dies vom Kanton Zug praktiziert wurde. Es ist wichtig, dass wir mitmachen und mitreden.

**Roger Liebi (SVP):** Ich möchte auf einige Punkte aus dem Votum von Jonas Steiner (SP) eingehen. Zur Mär, dass wegen uns Bürgerlichen die Bildung verkürzt wird: 1992 betrug die Ausgaben für Volksschule, berufliche Grundbildung, Mittelschu-

len, Uni und Fachhochschulen 2,2 Milliarden Franken. 2014 lagen sie bei 4,33 Milliarden Franken. Es soll mir niemand erzählen, wir seien Sparer, die alles streichen würden. Es ist wichtig, dass man dynamisch bleibt. Man darf nicht stehen bleiben. Joe Manser (SP) hat dies treffend ausgedrückt. Wir haben nun gehört, dass Zürich in Sachen Lebensqualität führend ist. Wenn Zürich in einem Ranking aber einmal zurückfällt, wird das versteckt. Der Rangverlust im Ranking zeigt aber, dass ein Bedarf da ist, dass etwas unternommen wird. Den von der FDP beantragten Zusatzbetrag braucht es dazu allerdings nicht. Der Kanton hat seinen Beitrag sogar etwas beschränkt und beschlossen, dass dieser künftig nicht einfach einwohnerabhängig berechnet werden sollte. Mir ist nicht klar, was diese beantragten zusätzlichen 150 000 Franken bringen sollen. Der Zusatznutzen dieses Betrags ist für mich gleich Null. Die GZA kann und muss mit den 250 000 Franken auskommen. Sie ist ein unternehmerischer Betrieb. Wir sollten bei diesem Betrag bleiben. So können wir etwas Gutes erreichen für die Stadt, für den Kanton, für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer und das Gewerbe.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Ich bedanke mich für die intensive Diskussion der Vorlage. Es wurde viel von Bildung gesprochen. Ich möchte betonen, dass auch die ETH bei der GZA dabei ist. Das beweist, wie wichtig die Arbeit der GZA für eine wichtige Institution wie die ETH ist. Durch die Arbeit der GZA kommen innovative Unternehmen nach Zürich, es werden Arbeitsplätze geschaffen und es wird Steuersubstrat generiert. Der Erfolg der GZA in den letzten Jahren zeigt, dass Zürich grundsätzlich gut positioniert ist. Der Standort ist für innovative Firmen attraktiv. Unser Wirtschaftsraum sorgt mit seiner Vielfalt für ausgezeichnete Standortfaktoren, nicht nur für Unternehmer, sondern auch für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitnehmende. Diese Vorteile und Qualitäten müssen allerdings auch bekannt gemacht werden. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, uns ginge es so gut, dass wir uns zurücklehnen könnten und sich die Firmen von alleine ansiedeln würden. Firmen überprüfen heute ihren Standort in regelmässigen, kurzen Abständen. Sie wollen über mögliche Angebote informiert sein. Es ist deshalb wichtig, dass eine Organisation wie die GZA über das Angebot dieses Wirtschaftsraumes informiert. Es findet auch nicht einfach eine Verlagerung der Arbeitsplätze statt. Mit gezielten Ansiedlungen, die sich an den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung der Kantone und Städte orientieren, wird eine Firmenlandschaft gestärkt. Damit gewinnt der Gesamtstandort noch mehr an Attraktivität und Vielfalt und ist auch für hiesige Arbeitskräfte interessant. Der letzte Beschluss des Gemeinderats stand unter dem Zeichen der Neuausrichtung der GZA. Diese war wichtig. Gerade die verstärkte Einbindung von privatwirtschaftlichen Unternehmen war ein Grundstein für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit dieser Organisation bei der Wirtschaft. Die Tätigkeiten der GZA sind gezielt und orientieren sich an den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung und an der bestehenden hiesigen Branchen- und Firmenstruktur. Damit können wir den Wirtschaftsstandort gezielt stärken. Das Modell der Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und der Standortpromotion wurde besser abgestimmt. Es kamen klarere Strukturen hinein. Es wurde damals auch eine Evaluation gefordert. Die Ergebnisse sind positiv und zeigen, dass die Stadt als Kern dieses Wirtschaftsraums überdurchschnittlich profitiert. Die Evaluation belegt, dass auf Qualität ausgerichteter Standortmarketing zu einer nachhaltigen Ansiedelung von internationalen Unternehmen und qualifizierten Arbeitsplätzen und einer langfristigen Sicherung von Steuersubstrat für die Region und insbesondere für die Stadt führt.

Weitere Wortmeldung:

**Severin Pflüger (FDP):** Roger Liebi (SVP) ist der Meinung, dass die zusätzlichen 150 000 Franken keinen Nutzen bringen würden und man damit nicht viel anfangen

*könne. Betrachtet man jedoch die Kostenstruktur der GZA und berücksichtigt, dass diese Personen nicht hier angestellt werden, sondern in den Schlüsselmärkten, die über andere Lohnstrukturen verfügen, kommt man zum Schluss, dass die 150 000 Franken ausreichen würden, um zwei Personen in einem Schlüsselmärkte anzustellen und dass dies durchaus einen positiven Einfluss hätte. 150 000 Franken ist ein solider Betrag und nicht etwas, auf das man einfach so verzichten kann.*

#### Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich ~~Fr. 250 000.–~~ Fr. 400 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

#### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Minderheit: Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne)

Enthaltung: Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)

Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

- Zustimmung: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
- Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 250 000.– für die Jahre 2016–2019 bewilligt.  
Unter Ausschluss des Referendums:
2. Vom Bericht zum Postulat betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area wird Kenntnis genommen.
3. Das Postulat, GR Nr. 2012/5, von Dr. Jean-Daniel Strub und Lucia Tozzi (beide SP) vom 11. Januar 2012 betreffend Evaluation der Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Einbezug der kritischen Nebeneffekte von Standortförderungsmaßnahmen für die Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016)

### 2170. 2016/115

**Weisung vom 13.04.2016:**

**Stadtentwicklung Zürich, Verein «ZGF – Zürich Game Festival», Beiträge 2017–2019**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» wird für die jährliche Ausrichtung des Festivals Ludicious ein Beitrag von Fr. 90 000.– für das Jahr 2017, Fr. 70 000.– für das Jahr 2018, Fr. 50 000.– für das Jahr 2019 bewilligt.
2. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Rückweisungsantrag:

**Isabel Garcia (GLP):** *Der Stadtrat beantragt, dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» für die Jahre 2017, 2018 und 2019 einen abnehmend gestaffelten Betrag von je 90 000 Franken, 70 000 Franken und 50 000 Franken zur Durchführung des Game Festivals zu bewilligen. Das Gesamtbudget für den Anlass beträgt 665 000 Franken. Weitere Träger sind Pro Helvetia mit 100 000 Franken sowie Bund und Kantone mit insgesamt 80 000 Franken. Die abnehmenden städtischen Beträge sollen mit einer Erhöhung*

der Sponsoringbeiträge kompensiert werden. Die Unterstützung des Game Festivals Ludicious in seiner Aufbauphase ist eine Massnahme im Rahmen der strategischen Planung der städtischen Wirtschaftsförderung. Game Design ist einer der wichtigsten Teilmärkte der Kreativwirtschaft und hat in den vergangenen Jahren im Raum Zürich eine überdurchschnittliche Dynamik entwickelt. Ludicious möchte sich zu einer Drehscheibe des Schweizer Game Designs und zu einer international relevanten Netzwerk-, Wissens- und Informationsaustauschplattform in diesem Bereich entwickeln. Nach dem ersten Festival 2014 beantragte der Stadtrat eine Anschubfinanzierung für die Jahre 2016 bis 2019. Der Gemeinderat gewährte 2015 jedoch nur für ein Jahr einen Unterstützungsbeitrag von 100 000 Franken für das Festival im Januar 2016, geknüpft an die Auflage, dass bei der zweiten Durchführung eine Evaluation durchgeführt werden müsse, damit der Gemeinderat über fundiertere Grundlagen verfügt, um einen seriösen Entscheid zur weiterführenden Unterstützung fällen zu können. Die aus der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse sind in die Weisung eingeflossen. Gemäss Evaluation fokussiert Ludicious erfolgreich auf die Emerging Talents im Game Design. Aussergewöhnliche Spielideen und vielversprechende Start-Ups kommen hier zum Tragen. Die strategische Ausrichtung ist mit Blick auf die aktuelle wirtschaftspolitische Ausgangslage der Gameszene und insbesondere der Gameindustrie in Zürich und in der Schweiz sinnvoll und richtig. Die Evaluation attestiert der Schweizer Gameszene internationales Niveau. Die Szene ist aber relativ klein und verfügt noch nicht über die entsprechenden notwendigen Verbindungen und Distributionskanäle. Der Heimmarkt der Schweizer Gameszene ist beschränkt. Es bedarf einer gewissen Anstrengung und Unterstützung, damit sein Potenzial voll zum Tragen kommt. Eine kontinuierliche Kommunikation über das ganze Jahr hinweg ist ein zentraler Faktor, auch für potenzielle Sponsorinnen und Sponsoren, die künftig einen grösseren Beitrag an den Event leisten sollen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der städtische Beitrag gewährt werden sollte.

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir sind der Meinung, dass man in einem derart zukunftssträchtigen Gebiet mehr Geld ausgeben sollte und stellen aus diesem Grund einen Rückweisungsantrag. Für 2016 wurden 100 000 Franken gesprochen und es wurde ein Bericht verlangt, bevor eine weitere Finanzierung für die folgenden Jahre erfolgt. Der nun vorliegende Bericht wirft dem Festival durchs Band weg mangelnde Professionalität vor. Dem Festival wird ein unklarer Fokus attestiert, sowohl bezüglich Produkte als auch Zielgruppen. Man bewegt sich zwischen Independent Game Design, Serious Games, Virtual Reality, Augmented Reality, E-Sports. Man spricht Profis aus dem In- und Ausland an, aber auch Familien mit Kindern. Es ist nicht klar, ob Business-to-Business oder Business-to-Consumer in den Vordergrund gestellt werden soll. Mit diesem Fokus soll ein grosses Festival durchgeführt werden. Wir sprechen von einer halben Million Franken. Im Bericht wird zudem defizitäre Kommunikation erwähnt bezüglich der Webseite und bezüglich der mangelnden intensiven Kommunikation während dem Jahr. Dem Gala-Abend des Festivals werden dürftige Redner und dürftige Technik vorgeworfen. Es ist von Kinderkrankheiten und Amateurhaftigkeit die Rede. Durchwegs wird auf die Notwendigkeit von Professionalisierung hingewiesen. Im Kontrast zu diesen Punkten steht das enorme Potenzial, das der Bericht für Zürich und die Schweiz sieht, sowohl bei den Big Players als auch bei den Talenten. Grosse Namen wie Disney Laboratory, Google, IBM, ZHdK und ETH werden genannt. Es wird von einem wachsenden globalen Markt gesprochen. Mit Gameindustrie werden jährlich 25 Milliarden Franken umgesetzt. E-Sports füllen im Ausland ganze Stadien. 70 Millionen Personen spielen das Strategiespiel League of Legends, die WM verzeichnete 36 Millionen Zuschauer. Nun wollen Gemeinderat und Stadtrat 90 000, 70 000 und 50 000 Franken investieren und argumentieren, es sei ein grosses Potenzial vorhanden. Man müsse es zwar noch massiv professionalisieren und nach dem Beitrag von 50 000 Franken müssten dann die Privata-

ten dafür sorgen, wie sie die Finanzierung auffangen können. Nach drei Jahren könne man weiterschauen. Das scheint uns mutlos. Wir wären allenfalls bereit, bei einer neuen Weisung mehr Geld zu sprechen.

Weitere Wortmeldungen:

**Christian Huser (FDP):** 2015 haben wir fehlende Zielsetzungen in den Bereichen Finanzierung, Publikumszahlen, Entwicklung des Sponsorings und Angaben zur Bedeutung der Gameindustrie in der Region Zürich vermisst. In der neuen Weisung steht genau gleich viel drin und auch die Beiträge sind gleich hoch. Der sehr umfangreiche Evaluationsbericht, der durch einen grossen Branchenkenner erstellt wurde, zeigt einen detaillierten Einblick in das junge Festival. Im Vergleich zum ersten Festival haben die Veranstalter sicherlich markante Fortschritte gemacht. Auch wenn viele Bereiche der Kommunikation verbessert werden können, hat sich das Interesse mit 400 Fachpersonen und 3000 Besucherinnen und Besuchern an der Veranstaltung vergrössert. Unserer Meinung nach ist die Finanzierung unvorteilhaft. Wir stellen in Frage, ob es sinnvoll ist, eine Planungssicherheit mit städtischen Beiträgen zu sichern, auch in Anbetracht dessen, dass Sponsoringbeiträge von grossen Firmen nicht in Form von Bargeld erfolgen, sondern nur noch in Sachleistungen und in Form von Referenten. Die FDP lehnt die Weisung ab.

**Hans Urs von Matt (SP):** Das Game Festival fand bisher zwei Mal statt. Es geht nun um eine Anschubfinanzierung. Das Game Festival befindet sich noch in der Pilotphase. Bei der letzten Weisung wollte der Rat die Beiträge für die nächsten Durchführungen noch nicht durchwinken und hat einen Bericht verlangt. Die SP vertrat damals die Haltung, dass man die Pilotphase laufen lassen und eine Anschubfinanzierung mit absteigenden Beträgen gewähren sollte. Die SVP verlangt mit ihrem Rückweisungsantrag etwas ganz anderes. Sie fordert einen Strategiewechsel und attestiert dem Festival grosses Potenzial. Sie müsste im Grunde eine Motion einreichen, die einen Wechsel fordert, oder nach der Pilotphase einen Anschluss, wie es weitergehen soll. Die SP lehnt die Rückweisung ab. Wir möchten die Anschubfinanzierung mit den absteigenden Beträgen weiterhin unterstützen.

**Alexander Brunner (FDP):** Die Gameindustrie gilt als junge, vielversprechende Industrie. Der Staat agiert hier als Anschubhelfer. Ich habe einen wirklichen Experten auf diesem Gebiet um seine Meinung gebeten. Er entwickelt in Zürich Spiele und hat schweizerische und europäische Awards in der Branche gewonnen. Für ihn war nicht eine Anschubfinanzierung wichtig, sondern, dass er seine Spiele verkaufen kann. Das hat er erreicht. Er war im Apple Store mehrere Wochen in der Hitliste. Apple wählt diese Spiele aus. Als Anschubfinanzierung benötigt er Risikokapital, um weitere Spiele zu entwickeln, Leute einzustellen und Projekte zu entwickeln. Er hat vom Festival gehört, war aber nicht anwesend, da er gerade in San Francisco an einem Game-Anlass weilte, den er als deutlich wichtiger bezeichnet. Man möchte hier Anschubfinanzierung leisten. Es sollte aber ein Fragezeichen gesetzt werden, wenn sogar Vertreter aus der Industrie dies bezweifeln. Im Grund geht es um Kapitalfinanzierung für junge Leute. Unternehmertum ist aber nicht wirklich eine staatliche Aufgabe. Auch darum lehnt die FDP die Beiträge ab.

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Die SVP ist die einzige Partei, die das Potenzial dieser Industrie erkennt. Es geht nicht nur um Games, sondern um den gesamten Bereich der Virtual Reality. Das Potenzial ist viel grösser als das, was man normalerweise unter Gaming versteht. Das Festival befindet sich noch in der Pilotphase. In einer Pilotphase klappt noch nicht immer alles. Wenn wir nun aber die Beiträge ablehnen, haben wir gar nichts mehr. Vielleicht erfindet jemand einmal ein Game wie Pokemon Go. Man verdient

*aber mit einem Spiel, auch wenn es weltweit gespielt wird, oft kein Geld. Die Frage ist, ob wir etwas fördern wollen, das vordergründig noch kein Geld abwirft, oder ob wir nur etwas fördern wollen, das Geld abwirft. Die Aufgabe von Zürich als Zentrum von Softwareentwicklung, der besten kontinentaleuropäischen Hochschule und der ZHdK verlangt mehr als nur Zuschauen und Abwarten.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Die Mutlosigkeit, die aus den vorgetragenen Argumenten sprach, überzeugt uns nicht. Man will Kinderkrankheiten weiterhin mit Zehntausenden von Franken unterstützen. Es wurden keine substanziellen Vorschläge vorgebracht, wie die Arbeit des Vereins in den nächsten drei Jahren verbessert werden soll, damit nach drei Jahren Anschubfinanzierung ein gutes Resultat erzielt werden kann. Bei einem derart grossen Potenzial müsste der Staat versuchen, etwas Besseres zu tun als drei Jahre Kinderkrankheiten zu unterstützen. Man lässt hier viel Potenzial den Bach hinunterfliessen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Wir können nun bereits auf zwei Festivals zurückblicken. Marc Bodmer, der die Evaluation erstellt hat, ist ein ausgewiesener Spezialist und profunder Kenner der Materie. Es handelt sich nicht um eine Anschubfinanzierung für eine Firma. Es ist eine Anschubfinanzierung für eine Plattform, wo Begegnung und Austausch stattfinden und Netzwerke geschmiedet werden. Nach den durchgeführten Festivals können wir das Fazit ziehen, dass sich Ludicious qualitativ weiterentwickelt hat und gewachsen ist. Die externe Evaluation attestiert dem Festival eine wichtige Funktion als Plattform für eine aufstrebende Schweizer Videospieleindustrie und bezeichnet den inhaltlichen Fokus, die strategische Stossrichtung und den kontinuierlichen Aus- und Aufbau als zielführend. Das sind die qualifizierten Antworten, die bei der Behandlung der ersten Weisung verlangt wurden. Eine grosse Verbesserung ist die Einführung des neuen Formats Ludicious Business, welches Jungtalente in einen direkten Dialog mit der Industrie bringt. Neue Programmpunkte wie dieser sind in hohem Masse geeignet, die Visibilität und die wichtigen Kontakte zu generieren, die es für eine dauerhafte Etablierung des Festivals und der Plattform braucht. Die Evaluation zeigt Optimierungsmöglichkeiten auf, so etwa in der Kommunikation oder im stärkeren Einbezug von technologischen Forschungsergebnissen der ETH im Bereich Game Design. Die Ergebnisse der Evaluation werden in die künftige Planung des Festivals einfließen. Zum Rückweisungsantrag: Nach Ansicht des Stadtrats ist es nicht nötig, einen weiteren Bericht zu erstellen. Die Strategien 2035 des Stadtrats dienen als übergeordnete strategische Leitlinie. Auch dort werden Herausforderungen und Handlungsoptionen in diesem Bereich identifiziert. Das Festival ist eingebettet in den Kontext der Kompetenzen der ETH inklusive Disney Research Zurich, der Initiative Digital Zurich 2025, der international angesehenen Gameszene und auch der ZHdK. Das GameZFestival, das ebenfalls erwähnt wird, hat eine völlig andere Ausrichtung und Zielsetzung als das Festival Ludicious. Es sind kaum Synergien vorhanden. Die beiden Festivals ergänzen sich vielmehr und erhöhen gemeinsam die Wahrnehmung für unterschiedliche Aspekte der Branche. Das Festival Ludicious bringt der Stadt und dem Kreativstandort Zürich auf vielschichtige Weise einen Mehrwert. Es stärkt den Technologie- und Innovationsstandort. Gestützt auf die Ergebnisse der Evaluation werden weitere Optimierungen vorgenommen werden.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat eine neue Weisung vorzulegen, welche die Zukunft des «ZGF – Zürich Game Festivals» im Rahmen einer integralen Strategie definiert. ICT und als Teil davon die Game-Industrie sind Wirtschaftszweige mit einem riesigen Potenzial. Die Evaluation des ZGF 2016 hat markante Defizite bei der Professionalität sowohl der Konzeption als auch der Durchführung des ZGF konstatiert. Auch gibt es im Oktober mit «Game Z» ein zweites Festival in Zürich. Zudem ist das ZGF nicht Teil einer Meta-Strategie, mit welcher Keyplayer im Raum Zürich (ETH, Disney, ZHdK etc.) im Bereich Gameproduktion mögliche Synergien und Kooperationen definiert haben. Die Wirtschaftsförderung Stadt Zürich soll einen Bericht vorlegen, welche das Potenzial der Zürcher Game-Industrie und des ZGF klarer als bisher benennt. Erst dann soll der Gemeinderat über die Zukunft des ZGF entscheiden.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Referentin; Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Dr. Thomas Monn (SVP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsidentin Isabel Garcia (GLP), Vizepräsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)  
Minderheit: Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne), Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein «ZGF – Zürich Game Festival» wird für die jährliche Ausrichtung des Festivals Ludicious ein Beitrag von Fr. 90 000.– für das Jahr 2017, Fr. 70 000.– für das Jahr 2018, Fr. 50 000.– für das Jahr 2019 bewilligt.
2. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 7. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016)

2171. 2016/9

**Interpellation von Markus Baumann (GLP) und Alan David Sangines (SP) vom 06.01.2016:**

**Quartiervereine der Stadt, Auslegung der politischen Neutralität sowie mögliche Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung dieser Vereinbarung**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 536 vom 29. Juni 2016).

**Markus Baumann (GLP) nimmt Stellung:** *Die GLP wird sich umfassend zu den Quartiervereinen äussern, sobald die entsprechende Weisung in den Rat kommt. Wir verzichten deshalb heute auf eine detaillierte Diskussion.*

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** *Die Interpellation nimmt auf eine unschöne Art und Weise Bezug auf den Quartierverein Altstetten. Als Vorstandsmitglied des Quartiervereins Altstetten werde ich eine Erklärung abgeben. Dem Quartierverein wird unterstellt, er halte sich nicht an die Vereinbarung zwischen dem Stadtrat und der Quartierkonferenz. Zusätzlich wird ihm vorgeworfen, er habe sich in den Abstimmungskampf zur Limmattalbahn eingemischt und eine einseitige Sicht weitergegeben. Weiter wird die Hypothese aufgestellt, Quartiervereine würden Geld für Abstimmungskampagnen sammeln und politisch einseitige Stellungnahmen auf den Webseiten aufführen oder in den Quartieren verteilen. Der Quartierverein Altstetten hat sich nicht einseitig in den Abstimmungskampf zur Finanzierung der Limmattalbahn eingeschaltet. Im Gegenteil: Er hat der Limmattalbahn und den lokalen Parteien geholfen, die Bevölkerung über die Vor- und Nachteile zu informieren und hat bei der Organisation eines Pro- und Kontrapodiums mitgeholfen, an dem unter Einbezug von Limmattal-Exponenten und politischen Parteien über das Bauvorhaben informiert wurde. Die Moderation wurde von einer neutralen Person übernommen. Die Finanzierung der Veranstaltung erfolgte durch Dritte. Es wurde nachweislich weder für die Abstimmung der Limmattalbahn noch für andere Abstimmungen Geld über das Bankkonto des Quartiervereins Altstetten eingenommen oder ausgegeben. Auch wurden auf der Webseite des Quartiervereins weder Parolen noch einseitige Informationen verteilt. Die an der Veranstaltung verteilten Flyer stammen von einer politischen Partei. Der Quartierverein setzt sich gemäss den Statuten für die Wahrung der Interessen des Quartiers ein und vertritt dies gegenüber Behörden und Privaten. Ich äussere mich nun noch als Mitglied des Gemeinderats. Es ist für mich offensichtlich, dass die Interpellation nicht auf Quartiervereine, sondern auf Vertreter der SVP zielt. Die Linke ist überfordert in der Argumentation. Sie versucht mit verlogenen Mitteln, Andersdenkende anzugreifen. Die Interpellation ist nicht ernst zu nehmen.*

**Michael Baumer (FDP):** Die GLP möchte offenbar ihre eigene Interpellation nicht so ernst nehmen. Die ersten paar Antworten des Stadtrats auf die Interpellation sind positiv zu würdigen, insbesondere die Aussage, dass man keine Kontrolle über die Quartiervereine ausüben will. Daran werden wir gegebenenfalls gerne erinnern. Bei der letzten Antwort kam allerdings der Verdacht auf, dass man der Meinung ist, dass die Stadt eine Aufsichtsfunktion über die Quartiervereine hätte oder dass sie selber bestimmen müsste, wie die Zivilgesellschaft in den Quartieren funktionieren muss und dass man diese künftig vielleicht anders organisieren müsste. Eine staatlich organisierte Zivilgesellschaft ist aber keine Zivilgesellschaft. Es ist nicht Aufgabe der Stadt zu bestimmen, wie die Quartiere organisiert sein müssen. Es ist klar, dass man eine Vereinbarung mit den Quartiervereinen macht, wenn man etwas finanziert. Das ist auch bereits so vorgekommen. Man sollte aber nicht vorgeben, wie die Vereine auszusehen haben und wie sie sich konstituieren.

**Pascal Lamprecht (SP):** Wir werden anlässlich der Weisung ausführlich über Quartiervereine und deren Finanzierung sprechen. Als zentrales Element der Interpellation scheint mir die politische Neutralität sehr wichtig. Es ist für jeden Quartierverein unerlässlich, diese hochzuhalten. Das heisst aber nicht, dass Vorstandsmitglieder oder Quartiervereine politische Eunuchen sein müssen. Sie sollen durchaus Quartierinteressen gegenüber dem gesamtstädtischen Kontext in politischen Fragen aufzeigen können. Politisches Verhalten kann neutral sein, wenn man eine Veranstaltung organisiert. Offenbar befanden sich nicht alle Vorstandsmitglieder des Quartiervereins Altstetten an dieser Veranstaltung. Als damals Anwesender weiss ich, dass Unterlagen zur Befürwortung der Limmattalbahn aus dem Saal verbannt wurden. Im Namen des Quartiervereins wurden Einzahlungsscheine mit dem Vermerk «Nein zur Limmattalbahn» verteilt. Ich höre von zahlreichen Quartierbewohnern, dass sie Anlässe des Quartiervereins fernbleiben, da sie jeweils beim Äussern einer anderen Meinung aufs Übelste beschimpft würden. Es ist in der Tat schwierig, den Kontrollaufwand in einem gesunden Mass zu halten. Man sollte aber sinnvollerweise gerade Beiträge für Veranstaltungen im Nachhinein ausbezahlen. Die Verwaltung sollte auch bezüglich der Ausarbeitung der Richtlinien für Veranstaltungen am Ball bleiben. Ich appelliere aber insbesondere an die Quartiervereine bezüglich der politischen Neutralität und einer ausgewogenen politischen Durchmischung des Vorstands. Es geht nicht an, dass ein Präsidium von aktiven Parteimitgliedern einer einzigen Partei besetzt ist. Es geht um die Wahrung der vielseitigen Quartierinteressen und um die Glaubwürdigkeit der Quartiervereine. Es existiert ein Trend zu zeitlich befristeten Interessensgruppierungen. Dieser könnte verschärft werden, wenn die Glaubwürdigkeit der Quartiervereine sinkt.

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die Antwort des Stadtrats ist fast gleichlautend wie diejenige auf meine Schriftliche Anfrage vom 4. Juni 2014. Damals bestand im Quartierverein Kreis 5 das Problem, dass man potenziellen Mitgliedern die Aufnahme in den Verein und den Zutritt zur Generalversammlung verweigerte. Die nächste Generalversammlung findet am 10. September 2016 statt, allerdings nicht im Quartier, sondern in der Kartause Ittingen. Für die Teilnahme müssen 50 Franken bezahlt werden. Ich werde den Verdacht nicht los, dass man mit dieser Massnahme anstrebt, nicht alle Leute anzuziehen. Der Verein Quartierkonferenz Zürich sollte sich mit diesen Fragen beschäftigen. Wir werden demnächst eine Weisung für die Beiträge von 2017 bis 2020 behandeln. Auch Quartiervereine, die sich nicht an die Vorgaben des Dachvereins halten, können damit rechnen, auch künftig Beiträge zu erhalten. In der Interpellationsantwort und auch in der Weisung steht immerhin, dass nach 2020 geprüft werden soll, ob die derzeitige Konstruktion noch richtig und zeitgemäss ist. Ich hoffe, dass man dann genau hinschaut, was in den Quartiervereinen läuft, was es heutzutage in den Quartieren braucht und welches die Aufgaben eines Quartiervereins sind. Der Quartierverein sollte für das Quartier und die Bewohner des Quartiers da sein, so wie dies auch die Quartierkoordination sein sollte. Ich

*bin etwas enttäuscht, dass nichts geschieht. Wir haben seit zwei Jahren einen Zustand, den man sich als Quartierbewohner und Quartierbewohnerin nicht wünscht.*

**Martin Bürki (FDP):** *In Zürich gibt es 25 Quartiervereine. Wenn man in den Medien oder im Rat Negativnachrichten über Quartiervereine hört, geht es meistens um dieselben drei oder vier Vereine. Die anderen Vereine leisten täglich gute Arbeit und stehen der Bevölkerung zur Verfügung. In der Interpellation wird insbesondere der Quartierverein Altstetten angegriffen. Der Quartierverein Riesbach, der im Abstimmungskampf über Hornbach auf dem Abstimmungsflyer war, wird mit keinem Wort erwähnt. Es ist nicht fair, wenn man nur die eine Seite erwähnt. Der Quartierverein sollte als Anlaufstelle für die Bevölkerung dienen. Bei vielen Themen ist es schwierig zu sehen, ob sie politisch sind oder politisch sein werden. Als Quartierverein sollte man sich nicht in einen Abstimmungskampf einmischen. Auch wenn nur 15 % der Mitglieder des Vereins eine andere Meinung vertreten, würde man deren Austritt riskieren. Es gibt aber sicherlich Ausnahmen. Beim Mythenquai beispielsweise wollte die Stadt zwei Unterführungen aufheben. Dies stiess im Quartier auf grossen Widerstand. Die Quartiervereine Enge und Wollishofen überwiesen eine Interpellation. Wenn es dort zu einer Volksabstimmung käme und die Quartiervereine nichts mehr dazu sagen dürften, wäre das nicht fair. Meiner Meinung nach müssten aber klare Spielregeln zum Vorgehen vorhanden sein. In diesem Fall müsste der Quartiervereinsvorstand das Thema in einer Generalversammlung zur Diskussion stellen. Bei überwiegendem Zuspruch der Mitglieder, hätte er auch das Recht, in einen Abstimmungskampf einzutreten. Ich setze mich in der Quartierkonferenz dafür ein, dass Spielregeln aufgestellt werden und dass die Sanktionsmöglichkeiten besser organisiert werden. Es freut mich, dass Quartiervereine und ihr Engagement in der Antwort des Stadtrats positiv erwähnt werden. In einem Artikel der NZZ wurde jedoch die Direktorin der Stadtentwicklung zitiert, die Stadt sei eine viel bessere Anlaufstelle und die Quartiervereine sollten lediglich ein paar Veranstaltungen organisieren. Meiner Erfahrung nach fühlt sich die Quartierbevölkerung vom Quartierverein besser verstanden als von Dienstabteilungen.*

**Stefan Urech (SVP):** *Ausgerechnet Rot-Grün fordern hier politische Neutralität und Sanktionen für Institutionen, die staatliche Gelder erhalten. Wenn wir monieren, dass das Theater am Neumarkt zum Mord an einem Nationalrat aufruft oder das Schauspielhaus aktiv in den Wahlkampf vor der Masseneinwanderungsinitiative eingreift, wird gesagt, diese dürfen dies. Diese Häuser beziehen ein Vielfaches an Geld verglichen mit dem, was die Quartiervereine erhalten. Auch bei Schulen, Universitäten oder dem Schweizer Radio und Fernsehen könnte man die politische Neutralität untersuchen. Es grenzt an Frechheit, dass man bei dem kleinen Betrag, den die Quartiervereine erhalten, fordert, dass Verstösse gegen politische Neutralität sanktioniert werden.*

**Roger Tognella (FDP):** *Die Quartiervereine in der Stadt sind wichtig zur Förderung des Zusammenhalts. Man kann hier verschiedene Rollen einnehmen. Ich nehme die Rolle des Quartiervereins Schwamendingen zum Thema Einhausung ein. Der SVP passte es dort nicht, dass der Quartierverein eine positive Meinung zur Einhausung vertrat. Anders passte dies sehr wohl. Es gab weitere Fälle, bei denen der Quartierverein ein Quartierinteresse aufgriff. Man kann und soll anlässlich einer Generalversammlung entscheiden, ob ein Quartierverein in einem bestimmten Thema aktiv wird. Das ist immer wieder der Fall. Zur Kartause Ittingen kann ich nichts sagen. Es steht jedem frei, 50 Franken zu bezahlen, mitzureden und mitbestimmen. Anlässlich der Chilbi vom nächsten Wochenende in Schwamendingen werden viele Ratsmitglieder vor Ort sein, in verschiedensten Funktionen, sei es in einem Verein oder in einer Partei. Es sind alle Parteien vertreten, mit Ausnahme der AL. Man kann sich fragen, ob das bereits ein politisches Signal des Quartiervereins gegen die AL ist. Sie hat sich aber bisher lediglich noch nie angemeldet. Man würde auch der AL einen Stand erlauben. Man sollte bei Voten und Wertungen*

*Mass halten. Es ist schade, dass sich die GLP heute nicht äussern will. Ich verstehe aber die Argumentation und hoffe aber, dass sie die genannten Beispiele auf die richtige Art und Weise betrachtet.*

**Christian Traber (CVP):** *Ich bin Präsident des Quartiervereins Leimbach und froh, dass ich in der Quartierkonferenz nicht der einzige Quartiervereinspräsident bin. Die Gemeinderäte sollten sich mehr in den Vorständen der Quartiervereine engagieren. Dann hätten wir weniger Diskussionen im Rat. Die Antwort auf die Interpellation fiel tatsächlich ähnlich aus wie diejenige auf die Schriftliche Anfrage vom 4. Juni 2014. Wir sollten in den Quartiervereinsvorständen bis zu einem gewissen Grad auch den gesunden Menschenverstand walten lassen. Man kann sich politisch äussern, wenn ein Entscheid vorliegt, den man abholen kann und der legitimiert ist. Es wurde bereits erwähnt, wo es Einzelfälle gibt, die für mich teilweise nicht tolerierbar sind. Ich würde niemals eine Generalversammlung weit entfernt vom Quartier durchführen. Das schadet dem Image und dem Funktionieren der Quartiervereine.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Pascal Lamprecht (SP) sagte vorhin, Personen würden aufs Übelste beschimpft. Das stimmt nicht. Die Mitglieder bauen den Stand am Lindenplatz auf, backen Kuchen, heissen die Gäste herzlich willkommen und bewirten sie. Ich baue den Stand am Abend wieder ab. Die Linken helfen dabei nicht mit. Die Mitglieder führen in ihrer Freizeit Veranstaltungen und Kulturveranstaltungen durch. Die Sozialisten haben keine Argumente mehr gegen die SVP und ihnen passen gewisse Exponenten nicht, die sich im Quartierverein engagieren. Deshalb verbreiten sie Lügengeschichten. Hier wird die Substanz der Quartiervereine aus niederen Instinkten zersetzt. Es geht um Angriffe auf Personen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **2172. 2016/289**

#### **Postulat von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Michel Urben (SP) vom 31.08.2016: Erweiterung des Holzstegs der Frauenbadeanstalt in der Limmat**

Von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Michel Urben (SP) ist am 31. August 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der bestehende Holzsteg der Frauenbadeanstalt erweitert werden kann.

Begründung:

Die Frauenbadi in der Limmat wird immer beliebter. Die Zahl der Frauen in der Frauenbadi nimmt Jahr für Jahr stetig zu und wird weiterhin stark zunehmen. Es drängen sich immer mehr Gäste auf diesem begrenzten Raum. So könnte man die Liegefläche mit geringen Kosten erweitern.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**2173. 2016/290**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Andreas Edelmann (SP), Simon Diggelmann (SP) und 41 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2016:**

**Ausstieg aus der Kernenergie, vertragliche Verpflichtungen des ewz, Umgang mit den Miteigentümerinnen und Möglichkeiten zur schnellen Stilllegung der Werke**

Von Andreas Edelmann (SP), Simon Diggelmann (SP) und 41 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit der klaren Annahme der Änderung der GO bezüglich Atomausstieg bis 2034 hat die Stadtzürcher Stimmbevölkerung einmal mehr zum Ausdruck gebracht, dass sie einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie wünscht. Die Stadt Zürich ist jedoch weiterhin an 4 Atomkraftwerken beteiligt. Der Ausstieg ist entweder durch ein Abschalten der Werke oder einen Verkauf der Anteile zu bewerkstelligen. Für einen Verkauf spricht aktuell wenig aufgrund der hohen Gestehungskosten sowie der zu erwartenden steigenden Kosten in Nachrüstung, Stilllegung und Entsorgung der Werke und der radioaktiven Abfälle.

Weiter bringen die tiefen Strommarktpreise gewisse wichtige Partnerinnen in der AKEB und bei der Gösgen AG zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten, deren Zukunft und Absichten als Partnerinnen sind unklar. Offen ist darum, wie sich das ewz im Umgang mit seinen Partnerinnen verhält. An welche Vorgaben ist die Stadt Zürich vertraglich gebunden und welche Möglichkeiten hat sie, eine Stilllegung eines oder mehrerer Werke im Sinne der Bevölkerung und der finanziellen Interessen der Stadt zu forcieren?

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche vertraglichen Verpflichtungen trägt die Stadt Zürich, resp. das ewz gegenüber seinen Miteigentümerinnen (nachfolgend Partnerinnen) an der AKEB, resp. Kernkraftwerk Gösgen-Dänikon AG?
2. Welche vertraglichen Verpflichtungen trägt die Stadt Zürich bei Konkurs einer Partnerin? Werden die Anteile zwingend den übrigen Partnerinnen anteilmässig übertragen?
3. Was passiert, wenn eine Partnerin, die nicht über die Mehrheit der Anteile verfügt, aus wirtschaftlichen Gründen die Stilllegung eines Werkes verlangt, die Mehrheit diesem Antrag jedoch nicht folgt, aber auch keine der Partnerinnen die Anteile der Minderheitspartnerin übernehmen will?
4. Was passiert, wenn eine Mehrheit der Partnerinnen aus wirtschaftlichen Gründen die Stilllegung eines Werkes verlangt, eine Minderheit diesem Antrag jedoch nicht folgt, aber auch die Anteile nicht übernehmen will?
5. Würde das ewz die sofortige oder baldige Stilllegung eines Werkes beschliessen, wenn sie dazu eine Mehrheit der Partnerinnen finden würde?
6. Von welchen maximalen Laufzeiten der Werke wurde bei der Unterzeichnung der Partnerverträge ausgegangen? Sind in den Verträgen diesbezügliche Annahmen vermerkt? Falls ein Vermerk auf eine maximale oder geplante Laufzeit besteht, welche Möglichkeiten bestehen, diese von den übrigen Partnern einzufordern?

Mitteilung an den Stadtrat

**2174. 2016/291**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Merki (GLP), Pascal Lamprecht (SP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 31.08.2016:**

**Tibeterinnen und Tibeter in Zürich, Folgen des Entscheids des Staatssekretariats für Migration, Auswirkungen auf den geplanten Besuch des Dalai Lamas und mögliche versuchte Einflussnahme durch ausländische Behörden**

Von Markus Merki (GLP), Pascal Lamprecht (SP) und 48 Mitunterzeichnenden ist am 31. August 2016 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Ende Juli 2016 war aus verschiedenen Printmedien zu entnehmen, dass der letztjährige Entscheid des Staatssekretariats für Migration (SEM), Tibeterinnen und Tibeter als chinesische Staatsangehörige zu registrieren, in der tibetischen Diaspora grosse Verunsicherung und Ängste weckte (z.B. allfällige Überwachung durch den chinesischen Geheimdienst). Des Weiteren schreibt der Nachrichtendienst des Bundes

(NDB) in seinem Lagebericht 2016 vom selbstbewussten und fordernden Auftreten Chinas sowie dass China Empfänge des Dalai Lamas in keiner Weise mehr dulden werde und mit Massnahmen gegenüber den Gastgebern zu rechnen sei.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die Folgen des SEM-Entscheidung für die in der Stadt Zürich wohnenden Tiberinnen und Tibeter ein?
2. In welchen Fällen sieht der Stadtrat die Bedingungen erfüllt, bei einem Besuch des Dalai Lamas in der Stadt Zürich einen offiziellen Empfang abzuhalten?
3. Hat der Stadtrat für den kommenden Besuch des Dalai Lamas in Zürich (Oktober 2016) eine Anfrage betr. eines offiziellen Empfangs erhalten? Falls ja, von welcher Organisation und wie wurde die Anfrage behandelt? Falls nicht, war der Stadtrat über den Besuch in Kenntnis gesetzt worden?
4. Wurde in der Vergangenheit von in- oder ausländischen Behörden auf den Stadtrat Druck ausgeübt, um von offiziellen Empfängen für den Dalai Lama abzusehen? Falls ja, von welchen Behörden und wie hat sich die Einflussnahme bemerkbar gemacht?
5. Wie würde der Stadtrat bei zukünftigen versuchten Einflussnahmen oder Druckversuchen durch in- oder ausländischen Behörden bei der Behandlung von Fragen zu Tibet, der tibetischen Diaspora oder Dalai Lama-Besuchen reagieren?

Mitteilung an den Stadtrat

**2175. 2016/292**

**Schriftliche Anfrage von Gabriela Rothenfluh (SP) und Heidi Egger (SP) vom 31.08.2016:**

**Nutzung der Software RA-PROF durch die Fachstelle für Gewaltprävention, Art der Verdachtsmomente und Anzahl Meldungen, Vorgehen bei Radikalisierungstendenzen sowie Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei und Gewährleistung des Datenschutzes**

Von Gabriela Rothenfluh (SP) und Heidi Egger (SP) ist am 31. August 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Fachstelle für Gewaltprävention (FFG) des Schul- und Sportdepartements der Stadt Zürich nutzt seit Mitte 2015 die Software des sifg (Schweizerisches Institut für Gewaltein-schätzung) RA-PROF (Radicalisation Profiling Software). Diese kann Radikalisierungstendenzen erkennen.

Lehrerinnen oder Lehrer, Vereinstrainer oder Coaches erhalten nach einem Vorgespräch mit der FFG einen Zugang zu einem Onlinefragetool. Zu 42 Fragen können sie Antworten bzw. Einschätzungen zur „verdächtigen“ Person abgeben und erhalten als Ergebnis, ob jemand „radikalisiert“ ist oder „Radikalisierungstendenzen“ aufweist. Bei der Auswertung leuchtet dann eine Farbe auf: Grün: alles in Ordnung / Orange: Abklärungen treffen / Rot: dringender Gesprächsbedarf, Polizei informieren. In Absprache mit der Polizei erhalten die meist jugendlichen Verdachtspersonen dann Besuch von Fachleuten.

Gemäss Presse sind seit Mitte 2015 rund 100 Verdachtsmeldungen eingegangen. Vier zeigten rot an, von denen stellte sich bei zweien heraus, dass die Verhaltensänderung der Jungen tatsächlich auf eine Radikalisierung schliessen lasse.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Verdachtsmomente oder Veränderungen der Schüler und Schülerinnen haben die Meldung bei der Fachstelle ausgelöst?
2. Wie viele Meldungen zur Radikalisierung sind bisher bei der Fachstelle eingegangen:
  - a. von Schulen
  - b. von Vereinen und anderen
3. Welche Informationen haben Lehrpersonen/Schulleitungen/Schulpräsidien hinsichtlich relevanter Verdachtsmomente oder Verhaltensänderungen? Gibt es Schulungen/Merkblätter/Checklisten, bei welchen Hinweisen die Fachstelle kontaktiert werden sollte?
4. Wenn die Lehrperson den Verdacht hat, dass ein Schüler/eine Schülerin Radikalisierungstendenzen aufweist, wendet sie sich mit diesem an die Schulleitung/den Schulsozialarbeiter. Diese führen mit dem betroffenen Schüler/der betroffenen Schülerin ein Gespräch. Wird dieses Gespräch protokolliert? Zu welchem Zeitpunkt werden die Eltern miteinbezogen?

5. Wenn die Fachstelle für Gewaltprävention zum Schluss kommt, dass der Schüler/die Schülerin radikalisiert ist oder Radikalisierungstendenzen aufweist: Welche Rückmeldung erhalten die Stellen, die die Meldung getätigt haben (Schulpräsidium/Schulleitung/SozialarbeiterIn/Lehrperson)?
6. Wie erfolgt die Zusammenarbeit der Fachstelle mit der Stadtpolizei? Welche Abklärungen werden von der polizeilichen Fachgruppe getätigt? Wie werden diese dokumentiert? Welche Aufbewahrungsfristen gelten für die Daten? Wie wird die Einhaltung der Lösfrist sichergestellt?
7. Was geschieht mit den von der Schule und der Fachstelle erhobenen Daten? Wie wird dort der Datenschutz gewährleistet? Wie lange werden diese Daten aufbewahrt? Wer hat Zugriff auf diese Daten in den Schulen?
8. Wie ist das weitere Vorgehen hinsichtlich der radikalisierten Jugendlichen? Welche Stellen sind involviert? Wie sind die Zuständigkeiten der involvierten Stellen geregelt? Welche Unterschiede im Vorgehen bestehen zwischen radikalisierten Jugendlichen und Jugendlichen mit Radikalisierungstendenzen? Was geschieht mit den Jugendlichen, die gemäss Einschätzung der Fachstelle keine Radikalisierungstendenzen aufweisen?
9. Welche Präventionsmassnahmen gibt es an den Stadtzürcher Schulen?
10. Der Leiter der städtischen Fachstelle für Gewaltprävention hat die Software RA-PROF im Auftrag des Schweizerischen Instituts für Gewaltein-schätzung programmiert. War er während dieser Tätigkeit gleichzeitig beim SSD angestellt? Hatte das SSD Kenntnis von dieser Tätigkeit und war sie bewilligt? Warum sieht das SSD in dieser Tätigkeit keine Interessens-kollision nach Art. 82 des Personalrechts der Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

**2176. 2016/293**

**Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) und Andreas Edelmann (SP) vom 31.08.2016:**

**Züri-Fäscht 2016, Lärm- und Umweltbelastungen rund um das Seebecken, gesperrte Gebiete für Firmenanlässe sowie Konkurrenz zu anderen Festen**

Von Eduard Guggenheim (AL) und Andreas Edelmann (SP) ist am 31. August 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Züri-Fäscht 2016 hat vielen Leuten Freude bereitet, gleichzeitig hat sich aber auch grosser Unmut breit gemacht über die intensive Belastung der Stadt und ihrer Bevölkerung - namentlich in den Gebieten rund ums Seebecken - durch die fast rund um die Uhr drei Tage lang andauernden massiven Lärm- und Umweltbelastungen. Das Fest hat sich zu einem megalomanen Anlass entwickelt. Während einerseits die Ziele der 2000-Watt - Gesellschaft gefördert werden, werden andererseits beim Züri-Fäscht diese Ziele mit Ausnahmen wie beispielsweise der löblichen Beschaffung von Eiswürfeln aus Zürich statt aus Bern in grossen Teilen komplett vernachlässigt. Es ist zu fragen, ob hier der Zweck die Mittel heiligt, und es ist an der Zeit, auch bei der Durchführung von Volksfesten angemessen auf Umweltverschmutzung und Wegwerfmentalität zu reagieren. Die städtischen Umwelttage, welche allerdings und leider mehrheitlich nur von umweltbewussten Menschen besucht werden, müssten dann nicht mehr organisiert werden. Mehr Menschen wären bestimmt begeistert, wenn von einer von Rot/Grün regierten Stadt neue Impulse ausgehen. Und Zürich hat es bestimmt nicht nötig, Gigantismus in solchem Ausmass zu betreiben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie weit konkurrenziert das Züri-Fäscht die vielen anderen in der Schweiz ebenfalls durchgeführten ähnlichen Feste, wie beispielsweise auch in Rapperswil am oberen Ende des Zürichsees, und ist dies gewollt?
2. Wie sieht die ökologische und wirtschaftliche Bilanz des Züri-Fäschts insgesamt aus bezüglich dem Verbrauch von Energie für Auf- und Abbau der Einrichtungen und deren Betrieb, dem Wegwerfen von Esswaren, der Reparatur zerstörter Parkanlagen und Rasenflächen, der Durchführung von Flug-Shows, etc.?
3. Die Lärmentwicklung aus verschiedensten Quellen fast rund um die Uhr während des Züri-Fäschts hat ein ausserordentliches Mass angenommen. Dazu gehört n.b. auch die überlaute Begleitung der Feuerwerke mit Musik aus unzähligen Lautsprechern, die den Feuerwerken zudem einen erheblichen Teil ihres Reizes nehmen. Welche Massnahmen sind für die Zukunft zu einer Reduktion des Lärms möglich?
4. Die Flug-Shows in Formationsflügen sind eigentliche Luftattacken von Flächenflugzeugen und Helikopterstaffeln, schöngeredet als "Kunstflug". Tatsächlich sind es militärische Angriffsformationen, wie sie geflogen werden, um eine Stadt zu bombardieren. Sie stellen nicht nur eine massive Umweltbelastung

dar, sie sind - wie sich 1988 beim Unglück in Ramstein D mit Hunderten Verletzten und Toten und kürzlich beim relativ glimpflich verlaufenen Absturz eines Flugzeugs der Patrouille Suisse in Leeuwarden NL erneut gezeigt hat - auch eine grosse Gefahr für die Piloten selbst und besonders für die hunderttausende Festbesuchende und Bewohnende des Stadtgebietes. Welche Alternativen sind denkbar bei einem ganzen oder doch weitgehenden Verzicht auf diese Flug-Shows?

5. Um gefährliches Gedränge zu vermeiden, wurde in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag früh um halb zwei Uhr ein zusätzliches drittes Feuerwerk gezündet. Abgesehen davon, dass dieses nur noch von vergleichsweise wenig Zuschauenden verfolgt wurde - die Übersättigung war spürbar - trug auch dieses Feuerwerk seinen Teil zu Luftbelastung und Lärm bei. Welche anderen Möglichkeiten gibt es, um das behauptete Ziel der Gedränge-Vermeidung grosser Personenansammlungen zu erreichen?
6. Für Firmenanlässe etc. wurden wiederum grosse Gebiete für die allgemeine Bevölkerung abgesperrt, so Teile des Strandbades Mythenquai, der Landiwiese, die Saffainsel, etc. Damit kann zwar Geld generiert werden, aber das erklärte Ziel eines Festes für die Bevölkerung wird unterlaufen, sind doch gerade diese Gebiete die attraktivsten Orte am See. Wie kann die Zugänglichkeit dieser Gebiete bei zukünftigen Züri-Fäschten ermöglicht werden und mit welchen Mindereinnahmen für die Stadtkasse ist bei entsprechenden Massnahmen zu rechnen?
7. Es ist grundsätzlich erwünscht, das Züri-Fäscht in einer ökologischeren Richtung weiter zu entwickeln. Damit kann dieses Fest eine alternative Attraktivität gewinnen und gleichzeitig das Image von Zürich als in jeder Hinsicht vorbildlicher Stadt gestärkt werden. Welche wesentlichen Schritte zur Umsetzung dieses Ziels kann der Stadtrat vorschlagen und welche können beim nächsten Züri-Fäscht bereits umgesetzt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

**2177. 2016/294**

**Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 31.08.2016:**

**Verzeigung durch die Stadtpolizei für den Besitz geringfügiger Mengen Cannabis, Dienstanweisung, Bussenpraxis und mögliche Praxisänderung aufgrund eines Bezirksgerichtsentscheids**

Von Matthias Probst (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) ist am 31. August 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Betäubungsmittelgesetz, Art. 19b, ist der Besitz einer geringfügigen Menge Cannabis seit dem 1.10.2013 in der Schweiz legal. „Geringfügig“ definiert das Gesetz dabei mit einer Menge von weniger als 10 Gramm. (Betäubungsmittelgesetz BetmG, SR 812.121, Artikel 19b, Absätze 1 und 2) Das heisst, für den blossen Besitz von maximal 10 Gramm Cannabis darf die Stadtpolizei weder Verfahrenskosten noch Ordnungsbussen erlassen; sie darf einen solche Menge nicht ahnden.

Leider zeigt die Praxis, dass die Stadtpolizei Zürich fleissig Ordnungsbussen auch für den blossen Besitz (nicht Konsum) von weniger als 10 Gramm Cannabis verteilt. Das ist offensichtlich ungesetzlich!

Diese Praxis wurde unlängst vom Bezirksgericht Zürich korrigiert. Es hielt in einem wegweisen-den Urteil fest, dass der blosse Besitz von 10 Gramm Cannabis straffrei sei und entsprechend wurde eine bereits gebüsste Person wieder freigesprochen. (Vgl. Bezirksgericht, Geschäfts-Nr.: GC150199-L / U)

Die Stadtpolizei Zürich steht mit diesem nicht gesetzeskonformen Verhalten allerdings nicht alleine da. Ein Dienstbefehl unter dem Titel «Fallkonstellationen bei Erwachsenen» der Kantonspolizei schreibt den Beamten im Kanton Zürich folgende Möglichkeiten vor:

- Beobachteter Konsum ohne Besitz >> Ordnungsbusse
- Beobachteter Konsum mit Besitz bis zu 10 Gramm >> Ordnungsbusse
- Beobachteter Konsum und Besitz über 10 Gramm >> Anzeige im ordentlichen Verfahren. (Wenn Besitz für Eigenkonsum, dann Anzeige an die Übertretungsstrafbehörde; wenn Besitz für Weitergabe, dann Anzeige an die Staatsanwaltschaft.)
- Besitz bis zu 10 Gramm Cannabis NICHT zum Eigenkonsum >> Anzeige an die Staatsanwaltschaft
- Besitz bis zu 10 Gramm zum Eigenkonsum >> Ordnungsbusse

Dazu ist anzumerken, dass der letzte Punkt offensichtlich nicht rechtskonform umgesetzt ist. Es ist zu befürchten, dass sich die Stadtpolizei Zürich ähnlich organisiert hat. Vor dem Hintergrund, dass eine satte Mehrheit der Bevölkerung in der Stadt Zürich einer vollständigen Legalisierung von Cannabis positiv gegenübersteht, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie lautet die entsprechende Dienstanweisung der Stadtpolizei analog zum Kanton?
2. Wird in der Stadt Zürich der Besitz von Cannabis von weniger als 10 Gramm gebüsst?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage wird gebüsst?
4. Wie gedenkt der Stadtrat auf das erwähnte Urteil des Bezirksgerichts zu reagieren?
5. Stellt sich der Stadtrat bezüglich Umgang mit Besitz von weniger als 10 Gramm Cannabis auch die Frage, ob eine Praxisänderung angebracht ist?
6. Ist der Stadtrat bereit, in Zukunft eine liberalere Praxis zu verfolgen bei der Ahndung und Büssung von Personen, die sich in legalem Besitz von Cannabis befinden und damit einen

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**2178. 2014/38**

**Weisung vom 30.01.2014:**

**Volksinitiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen», Ablehnung**

Das Initiativkomitee zieht die Volksinitiative «Ombudsstelle gegen Willkür in Bausachen» zurück.

Nächste Sitzung: 7. September 2016, 17 Uhr.